

Macht Kohl



Die KollegInnen im Kalibergwerk Bischofferode und in anderen von Schließung bedrohten Betrieben in Thüringen gehen mit gutem Beispiel voran. Sie wollen sich nicht mit dem Märchen von den Ersatzarbeitsplätzen abspeisen lassen und verteidigen ihre Jobs. "Gegen Arbeitslosigkeit und Verelendung und gegen die elende Kohl-Regierung" haben die Kali-Kumpel auf ein Transparent geschrieben. Siehe auch die Berichte auf Seite 11

arbeitslos!

Wer kann sich 6 Millionen Menschen ohne Arbeit leisten?

Wir nicht. Wohl aber die Unternehmer und die Bundesregierung. Die offiziell bekannt gegebenen 2,33 Millionen Arbeitslosen im Westen und 3,5 Millionen – in Wirklichkeit 6 Millionen – in ganz Deutschland, sind ein Negativ-Rekord für den Monat Juli seit Bestehen der Bundesrepublik. Die OECD (Organisation der führenden Wirtschaftsnationen) geht für 1994 von 4,2 Millionen offiziell Arbeitslosen in Deutschland aus.

"Die Arbeiter haben zu hohe Löhne, sie sind gierig. Wenn es keinen Lohnstop gibt, werden noch mehr Jobs gefährdet." Gesagt, getan: die Gewerkschaften haben sich auf niedrige Lohnabschlüsse eingelassen. Doch schon taucht ein neues Problem auf. "Die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger bekommen zu viel Geld, das ist ja fast soviel wie die Arbeitenden verdienen. Da lohnt sich das Arbeiten gar nicht mehr!" Auch hier wird schnell Abhilfe geschaffen, die Sozialleistungen werden gekürzt. Doch noch sind nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die "Arbeitsplatzbesitzer" müssen "froh sein, daß sie überhaupt noch Arbeit haben"

und sich deswegen mit niedrigeren Löhnen bescheiden. Was das Arbeitslossein und das Empfangen von Sozialhilfe nach Aussagen der Experten von Regierung und Arbeitgeberverbänden wieder lohnenswert macht.

Die Argumentation der "Experten" schafft keine Arbeitsplätze außer ihren eigenen. Heute den Gürtel enger zu schnallen führt nicht zu besseren Zeiten, sondern zur Gewöhnung an die soziale Schlankheitskur. Arbeiter, die auf den Sozialbetrüger-Trick reinfallen, schaden sich selbst. Ebenso Arbeitslose, die niedrigere Löhne der Arbeitenden als Solidarität für sich mißverstehen.

Betrügen lohnt sich doch

Politiker und Manager begründen ihre Diäten- oder Gehaltserhöhungen damit, daß sie besonders schlaue, leistungsfähige und unverzichtbare Leute seien. Das stimmt. Leute, die Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu vernichten und dann behaupten, dies sei nur geschehen um die Arbeitsplätze zu erhalten, sind wirklich selten. Und wer es schafft, den Arbeitenden Lohnkürzungen abzuverlangen und dann verkündet, wegen des zu geringen Unterschiedes zwischen Löhnen und Sozialleistungen müßten

Letztere gekürzt werden, der hat Talent.

Die Unternehmer gehen wie Schlägerbanden vor. Erst versetzen sie einem mit der Entlassung einen harten Schlag und wenn man auf der Straße liegt, schicken sie ihre Kohl-Regierung und Behörden hinterher, um noch einmal draufzutreten.

Arbeitsämter und Sozialbehörden sind zu schärferen Kontrollen angehalten, um den "Leistungsmissbrauch" zu verhindern. Sie können die Arbeitslosen so oft hinbestellen, wie sie wollen. Sie können sie zur Suche in weiter entfernte Städte schicken. Dadurch entsteht höchstens Arbeitsplätze in den Ämtern – die

sowieso nicht besetzt werden. Das weiß die Regierung. Aber ihr geht es darum, die Leistungsempfänger zu schikanieren, ihnen einzureden, sie wären Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit. Sie versuchen, Erwerbslose und und Arbeitende gegeneinander auszuspielen.

Gaetan Kayitare, Aachen

VORAN kämpft für:

- Erhalt jedes Arbeitsplatzes
- Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Garantiertes Mindesteinkommen von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
- Öffnung der Geschäftsbücher von Konzernen und Banken. Wir wollen sehen, wohin die Gewinne geflossen sind
- Massive öffentliche Investitionsprogramme im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich
- Weg mit der Kohl-Regierung

unser standpunkt

Ende der Maskerade

Noch vor gar nicht langer Zeit wurde uns der Somalia-Einsatz der Bundeswehr als eine Art Hungerhilfe für Afrika nahegebracht. Es wurde ein "befriedeter" Landesteil ausgesucht, wo die humanitären Helfer in Uniform ihr mildtätiges Werk in Ruhe tun können.

Im Sommer wurde die Regierung unverblümt: wenn der Einsatz als harmlos angesehen worden wäre, hätte man ja gleich das Rote Kreuz geschickt, sagte Verteidigungsminister Rühle. Und Außenminister Kinkel pflichtete bei, in Somalia ginge es eben etwas anders zu als in einer deutschen Fußgängerzone. Nach dem vorsichtigen Heranführen an die weltweiten Bundeswehreinätze wird jetzt die Brechstange eingesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Desaster von Bad Kleinen wurde und wird die Öffentlichkeit mit einer Dreistigkeit veräppelt, die in den letzten 40 Jahren Polizeigeschichte hierzulande ihresgleichen sucht. Anfangs tischten die Behörden die Thesen von Grams Selbstmord oder einem Unfall auf. Grams soll sich beim Hinfallen auf die Gleise versehentlich erschossen haben. Die sonst übliche Video-Dokumentation von Einsätzen sei unterblieben. Dafür war zufällig ein BKA-Mann "halbprivat" da, der ein Filmchen drehte, dem jedoch leider die entscheidenden Passagen fehlen. Und jetzt will man uns erzählen, die hochgezüchteten Anti-Terror-Apparate bestünden im Grunde aus einer Ansammlung unfähiger Dilettanten.

Kohl und Anhang enthemmt

Nach Rostock und Solingen guckt die Polizei in Fulda seelenruhig einem verbotenen Nazi-Aufmarsch zu. Während AntifaschistInnen und Presseleute zu jeder Zeit wußten, wo sich die Nazis aufhielten und hinbegaben, gab sich die Polizei überrumpelt. Man sah sich gerade noch in der Lage, die Gegendemonstration aufzuhalten, aber man hatte "nicht genügend Kräfte", die Demo von 500 Nazis zu verhindern. Der Polizeipräsident von Fulda will im übrigen auch gar keine Nazi-Symbole gesehen haben.

Diese Beispiele zeigen, daß Regierung und Staatsapparat offenbar immer mehr Hemmungen über Bord werfen. Der Anschein von Glaubwürdigkeit und demokratischen oder "rechtsstaatlichen" Vorgehensweisen wird mehr und mehr fallengelassen.

Ähnliches spielt sich auf sozialpolitischem Gebiet ab, wo gerade die sonst immer so hoch gehaltene sozialstaatliche Komponente abgewrackt wird. Im Frühjahr wurden aus den Reihen der Regierungskoalition ein Vorstoß nach dem anderen zur Sparpolitik und zur Finanzierung der Einheit aufgebracht, kontrovers diskutiert, verworfen, erneut aufgebracht, variiert. In der Sommerpause traf sich das Kabinett dann plötzlich zu einer Sondersitzung – man konnte nicht bis zur folgenden Woche warten – und zieht die schärfsten Sparbeschlüsse seit Bestehen der BRD durch. Ebenfalls ohne sich die geringste Mühe zu geben, auch nur den Anschein von sozialer Ausgewogenheit erwecken zu wollen.

Das bedeutet zweierlei. Zum einen ist es paradoxerweise ein Zeichen von Schwäche der Herrschenden, weil es Ausdruck der Krise ihres Systems ist. Die kapitalistische Marktwirtschaft kann sich die sozialen Schönheitspflaster nicht mehr leisten. Die Zeiten, in denen Regierung und Kapital durch Kompromisse und schöne Worte versucht haben, uns ruhigzustellen, sind vorbei. Der bürgerliche Staat rüstet entsprechend auf, unter Verzicht auf umständliche demokratische Prozeduren. Die Interessen der Herrschenden im Inneren und nach außen müssen knallhart durchgesetzt werden.

Interessenvertreter ihrer selbst

Zum anderen ist es aber auch ein Zeichen dafür, daß sich die Herrschenden relativ sicher fühlen und meinen, sich ihr dreistes Vorgehen leisten zu können. Denn diejenigen Organisationen, die breiten Widerstand und eine Gegenoffensive organisieren könnten und müßten, tun wenig, nichts oder gar das Gegenteil.

In Fall Bischofferode hat die IG Bergbau-Führung nichts anderes zu tun, als den Kali-Kumpel in den Rücken zu fallen und einen gemeinsamen Kampf um alle Arbeitsplätze in Ost und West zu sabotieren. Zu den Regierungsangriffen aufs Eingemachte fällt der SPD-Führung nur gesammeltes Stammeln über soziale Ungerechtigkeit ein. Gleichzeitig trägt sie den sogenannten Solidarpakt mit und kürzt in Ländern und Kommunen ebenfalls vor allem auf Kosten der Armen. In Sachen Somalia bereitet sie gerade ihr Umfallen vor – entgegen allen Parteitagbeschlüssen. Soviel zum Thema Mitgliederbefragung. Statt Opposition gibt es in allen zentralen Fragen eine inoffizielle große Koalition, die nicht wenige führende SPD-Politiker gern zu einer offiziellen machen möchten.

Von Interessenvertretung der Masse der arbeitenden Bevölkerung sind kaum noch Spurenelemente auszumachen. Diese Regierung hält sich nicht trotz, sondern wegen der "Opposition".

In Anbetracht des verschärften Klassenkampfes von oben können wir uns solche Pseudo-Interessenvertreter nicht mehr leisten. Die Vernetzung von kritischen, oppositionellen Basisgruppen und der Aufbau einer kämpferischen, sozialistischen Führung in der organisierten Arbeiterbewegung ist daher die dringende und zentrale Aufgabe.

Köln, 22. 8. 1993

NOlympia 2000

Wohnungen und Kindertagesstätten statt Bonzenspiele

In Berlin regt sich Protest dagegen, daß Olympia 2000 in die Stadt kommt. Es gab mehrere Demos, die größte mit 15 000 Teilnehmern. Bürgerinitiativen haben sich gebildet. Antiolympische Plakate und Graffiti verschönern das Stadtbild. Olympia-Gegner werden kriminalisiert. Wohnungen wurden durchsucht, Plakate von der Polizei beseitigt.

Warum dieser Widerstand gegen das sportliche Großereignis?

Olympia 2000 wird den Berlinern als Glücksfall verkauft. Es heißt von Senatsseite, Olympia würde die Infrastruktur verbessern, Arbeitsplätze schaffen. Doch die Kosten und Folgen der Austragung der Spiele werden geschönt oder verschwiegen. In einem Bericht des "Deutschlandfunk" wurde geschätzt, daß Olympia die Stadt 30 Milliarden kosten würden. Das Geld fehlt an anderen Stellen.



Olympia statt öffentlicher Nahverkehr!

Das "schlagkräftigste" Argument der Arbeitsplätze wird durch die Erfahrungen anderer Olympia-Orte widerlegt.

Schuldenberg, hohe Mieten

Barcelona, der Austragungsort der Spiele 1992, hat eine Schuldenbelastung von 4,5 Milliarden DM. Diese abzubauen wird 17 Jahre dauern. Die vor und während der Spiele geschaffenen 80 000 Arbeitsplätze existieren selbst statistisch nicht mehr. Sie waren fast ausschließlich befristet. Folge der Spiele war ein Absinken des Reallohniveaus und eine Zunahme der außertariflichen Feierabend- und Schwarzarbeit. In Barcelona kam es zu verstärkter Bodenspekulation, steigenden Lebenshaltungskosten und der höchsten Inflationsrate Spaniens. Auch die oft beschworene Verbesserung der Infrastruktur erwies sich als Lüge. Es entstanden Luxuswohnungen, die sich kaum ein Mensch leisten kann. Außerdem wurde "vergessen", die neugeschaffenen Wohngebiete mit Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Schulen und Freizeitmöglichkeiten auszustatten – die ehemaligen olympischen Wohnstätten stehen leer.

Die selben Folgen würde Olympia auch in Berlin haben. Das Geld würde sinnvoller für Wohnungsbauprogramme und für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für mehr Kindertages- und Freizeittstätten eingesetzt. Dies würde Arbeitsplätze schaffen und die Situation in Berlin verbessern.

Olympia ist das Geschäft der Bonzen, die mit ihren Bauunternehmen die Aufträge der bestochenen Politiker ausführen und die SportlerInnen als Megawer-

bespektakel vermarkten. Die vier Wochen Sport sind diese Opfer beim besten Willen nicht wert. Der olympische Geist wird zum großen Teil durch Doping und Geld bestimmt.

Im Herbst wird entschieden, ob Berlin von Olympia heimgesucht wird. Die Proteste der NOlympia-Bewegung helfen, dies zu verhindern.

WM-Pleite in Stuttgart

Unter kapitalistischen Bedingungen wird jedes Großereignis, ob Olympia, Weltmeisterschaften oder Weltausstellungen, zur schärferen Umverteilung in die Taschen der Reichen genutzt. Die Fehlalkulationen um die Leichtathletik-WM in Stuttgart im August 1993 sind das jüngste Beispiel. Die Stadt hat durch die WM ein Minus zwischen 13 und 22 Millionen gemacht. Ein ganzer Apparat von "Sport"-Funktionären hat sehr gut verdient, die Bonzen hatten ihre Prestige-Show bei üppigen Büfets. Der internationale Leichtathletik-Verband und sein deutscher Ableger (DLV) kassieren aus der Vermarktung der WM weit über 150 Millionen DM. Der DLV will – ganz sportlich – ein neues Bürohaus für die Funktionäre bauen. Die finanzkrisende Stadt Stuttgart wird sich das Geld schon wiederholen. Wie wäre es mit einer kräftigen Erhöhung der Nahverkehrstarife oder der Schließung von Kitas und Schulen?

Das Land Baden-Württemberg will ohnehin 160 Millionen bei der Krankenhausfinanzierung und 136 Millionen durch Personalabbau im öffentlichen Dienst einsparen.

Kim-Pierre Levermann, Lübeck

EWS: Operation O.K., Patient tot

30 Prozent Schwankungsbreite der Währungen macht Europäisches Währungssystem zur leeren Hülle

Beim Thema Europa gibt es für die bürgerliche Propaganda mittlerweile nur noch die Flucht nach vorn: es wird gelogen, was das Zeug hält. Die EG-Finanzminister betonen, mit den Beschlüssen ihrer Krisensitzung Ende Juli seien die Strukturen des EWS gerettet worden, an der Währungsunion, an Maastricht und an der Einheitswährung werde festgehalten.

Faktisch ist das EWS jedoch außer Kraft gesetzt. Wenn die Kurse der beteiligten Währungen je 15 Prozent statt bisher 2,25 Prozent nach oben und unten vom Leitkurs abweichen dürfen, ist der ganze Sinn von Wechselkursvereinbarungen, die Berechenbarkeit der Kurse und Preise, hinfällig. 30 Prozent Bandbreite bedeutet im Grunde freies Floaten der Kurse.

Zwar will die niederländische Regierung das alte Verhältnis zur D-Mark halten. Auch Dänemark und Belgien/Luxemburg wollen in engeren Bandbreiten bleiben, geben aber nicht bekannt, in welchen. Aber die Währungen dieser Länder sind wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtungen ohnehin "Satelliten"-Währungen der DM.

Zinspolitik

Die Beschlüsse bedeuten auch, daß nunmehr die nationale Zinspolitik etwa unabhängig von Erwägungen über den Wechselkurs betrieben werden kann. Hohe Zinsen sind schlecht für die Konjunktur, weil sie Kredite für Investoren wie Verbraucher verteuern. Jetzt wird der Druck der anderen europäischen Länder auf die Bundesbank, ihre Zinsen zu senken, nachlassen. Während hier die Zinsen eventuell noch langsamer gesenkt werden, geht das in den

anderen Staaten eher schneller.

Allerdings wird das Instrument der Zinspolitik oft maßlos überschätzt. Trotz historischem Rekordtief der Zinsen sprang die Konjunktur in den USA in den letzten Jahren nicht an. Dennoch diskutiert die bürgerliche Wirtschaftspolitik dauernd über die Zinsen: sie haben in der anarchischen Marktwirtschaft nur wenige andere Instrumente.

Konjunkturaussichten

Die Volkswirte und Manager der Großbanken sehen erst für die zweite Jahreshälfte 1994 mögliche konjunkturelle Erholungen im Exportgeschäft. Wenn aber die Talfahrt der deutschen Wirtschaft erst einmal weitergeht, wenn die anderen Staaten davon ebenfalls negativ beeinflusst werden, sich die ökonomischen Eckdaten in den einzelnen Ländern immer weiter auseinander bewegen, dann ist eine Rückkehr zu den alten Bandbreiten ausgeschlossen. Auch der Einstieg in die 2. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, die ja die schnelle Einführung ganz fester Wechselkurse ohne Schwankungsbreiten vorsah, ist dann nicht mehr möglich.

Möglich sind allenfalls kosmetische Maßnahmen. So könnte das geplante Europäische Währungsinstitut (EWI) gegründet, ein Ort dafür bestimmt werden – auf eine Ausweitung der EG-Bürokratie können sich die Regierungen immer leicht einigen. Zeitweilig engere Bandbreiten sind möglich, wegen der kurzfristigen konjunkturellen Aussichten aber unwahrscheinlich. Abwertungen von Währungen sind bei einer sich vertiefenden Rezession nicht unwahrscheinlich, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dies könnte dann leicht in ei-

nen Abwertungs-Wettlauf ausarten oder protektionistische Maßnahmen nach sich ziehen.

Weltweite Finanzströme

Die kapitalistische Marktwirtschaft ist anarchisch und entzieht sich jeder vernünftigen Planung. Währungs- und finanzpolitische Maßnahmen haben immer verschiedene Auswirkungen: sie wirken so widersprüchlich wie das System. Zusätzlich erschwert wird das ganze noch durch die extreme Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzplätze in den 80er Jahren, eine Erblast der Reaganomics. Dadurch können die Kapitalströme kaum noch kontrolliert werden, laufen politische Maßnahmen oft ins Leere.

Finanzströme von 1000 Milliarden Dollar werden weltweit grenzüberschreitend gehandelt – Tag für Tag. Wenn eine Anzahl größerer Geldhändler in eine Richtung spekulieren, wie z.B. gegen den Franc, dann sind die Notenbanken letztlich machtlos.

Die Hochzinspolitik der Bundesbank und Währungsspekulation waren nur die Auslöser der EWS-Krise. Letztlich ist die Ursache die derzeitige Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. In der Krise gehen die nationalen Interessen des Kapitals wieder vor internationaler Integration. Je tiefer und je länger sie dauert, um so weniger internationale Zusammenarbeit wird es geben, um so schärfer werden auch die innereuropäischen Spannungen.

Angela Bankert, Köln

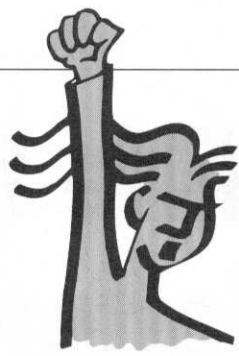
Weitere Erläuterungen zur EWS-Krise und Währungspolitik im VORAN-Infodienst Nr.19. Bestellungen: 4 DM in Briefmarken an die Redaktion.

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter-/Innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 250 059-430

Ärzte als Hilfsheriffs

Interview mit einem Kölner Frauenarzt zu Auswirkungen des BVG-Urteils zum § 218



Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Abtreibung läßt den Frauen die letzte Entscheidung. Teile der Frauenbewegung loben es deshalb als Fortschritt. Doch der Teufel steckt im Detail. Dies zeigt unser Interview mit einem Kölner Frauenarzt. Das Interview führte unsere Mitarbeiterin Fiz Garvie.

VORAN: Mit dem BVG-Urteil wächst der Druck auf die Frauen, aber auch auf Frauenärzte. Wie hat sich das Urteil auf Ihre Praxis ausgewirkt und was halten Sie persönlich als Gynäkologe davon?

Arzt: Es ist noch nicht lange genug her, daß man die Auswirkungen des

nachteil für die Frauen sehe ich darin, daß die vollen Kosten nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden.

Was muß eine Frau jetzt bezahlen, wenn sie einen Abbruch aus Gründen einer sozialen Notlage durchführen lassen will?

Wir in Köln kommen auf einen Kostenanteil für den Arzt von 550 DM. Das heißt, wenn ein Arzt hingehet und macht es für 550 DM, verdient er Null. Nun verlangt man schon von uns, daß wir es für 350 DM machen, das heißt, wir sollen 200 DM zusetzen...

Wer verlangt es von Ihnen?

Die Sozialämter, die pro familia schreien alle, wir könnten doch nicht soviel Geld verlangen. Es kommt noch eine Frage dazu, nämlich: Was gehört alles zum Abbruch? Es gehört auch eine Voruntersuchung dazu. Aber das Sozialamt sagt, Nein, wir zahlen nur den eigentlichen Abbruch. Aber wenn nun eine Frau zur Voruntersuchung kommt, zählt das nach meinem Verständnis auch zum Abbruch. Das Sozialamt sagt, das sollen die Krankenkassen zahlen, und sie sagen, Nein, das sollen die anderen zahlen...

Wird das dazu führen, daß Frauenärzte weniger zum Abbruch bereit sein werden?

Mit Sicherheit...

Und daß - wie in der Kölner Presse behauptet wird - Ärzte Angst kriegen?

Angst weniger, als daß sie keine Lust haben, sich in das Risiko zu begeben, etwas Rechtswidriges zu tun, das man ahnden kann. Hier überträgt das Bundesverfassungsgericht uns Ärzten letztlich die Lösung eines Konfliktes und macht uns dann verantwortlich. Die Richter machen uns zu

Hilfsheriffs, die man aber jederzeit an die Wand stellen kann. Darin sehe ich die große Schwierigkeit und aus diesem Grunde haben eine ganze Menge Ärzte gesagt, wir wollen weder beraten, noch machen wir noch Abbrüche. Das führt dazu, daß die Frauen wieder nach Holland fahren oder wenn das so weiter geht, sie wieder anfangen, mit Seife zu spülen.

Müssen sie und die Frauen mit dem Urteil leben?

Nein, wir müssen auf die Trommel hauen und im Bundestag gucken, was machbar ist, um dieses Gesetz so zu bringen, daß diese Unklarheiten nicht mehr drin sind. Eines der wesentlichen Dinge ist die Protokollpflicht der Ärzte. Damit kann derjenige, der einen Konflikt zu lösen hat, auch jederzeit zur Verantwortung gezogen werden. Das wäre sehr zu begrüßen, wenn das rauskäme. Aber da hat sich die CSU gewehrt, denn sie wollte auf jeden Fall erreichen, daß jeder Arzt auch im Notfall vor Gericht zu ziehen ist.

Haben Sie Probleme mit Ihrer Verantwortung gegenüber den Frauen, die Sie in einer Notlage sehen, und dem Urteil?

Ja, natürlich habe ich damit Probleme. Denn es steht ein geradezu abenteuerlicher Satz im Urteil drin, daß ich - ohne die Ängste zu kennen, ohne die Frau innerlich durcheinanderzubringen - der Frau klarmachen muß, daß sie menschliches Leben vernichtet. Das heißt so ungefähr, ich soll dafür sorgen, daß ein zum Tode Verurteilter keine Sorgen hat und es ihm ganz gut geht und wir ihm auf sehr angenehme Weise den Kopf abschlagen. Und wie das gehen soll, habe ich bisher noch nicht begriffen.

Vielen Dank für das Interview.

Kürzungen: Da freut sich der Papst

Zwangsberatung ohne Beratungsstellen

Eine Auswirkung des BVG-Urteils ist, daß Frauen, die wegen ihrer sozialen Umstände abtreiben wollen, stark verunsichert sind. Früher wurde das "soziale Indikation" genannt, seit dem Urteil existiert sie nicht mehr als Begründung für eine Abtreibung, obwohl 90 Prozent aller Abtreibungen aus diesem Grund durchgeführt wurden. Die Statistiken aus Köln zeigen, daß nach dem Inkrafttreten des Urteils am 16. Juni die Anzahl der ratsuchenden Frauen rapide zugenommen hat. Eine Stadtteil-Beratungsstelle der pro familia registrierte eine Verdoppelung der Besuche zwischen dem 16. Juni und dem 27. Juli im Vergleich zum selben Zeitraum im letzten Jahr. Beim Gesundheitsamt in Köln wurden seit dem 16. Juni 61 Frauen vorstellig. Im Vergleich dazu suchten nur 72 Frauen zwischen dem 1. Januar und dem 15. Juni das Gesundheitsamt auf! Schon jetzt liegt die Millionenstadt Köln mit nur 15 Beraterinnen weit unter der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl von 25. Und es wird schlimmer: Wenn die SPD-regierte Stadt Köln ihren Sparhaushalt durchzieht, wird die Hälfte der Beratungsstellen wegfallen. Und das gerade zu einer Zeit, wo sie aufgrund des Urteils noch viel mehr benötigt werden. Einige der Beratungsstellen werden vollends geschlossen werden, wenn die Kürzungen ohne Widerstand durchgehen. Es war ohnehin das Ziel des Urteils, unabhängige Beratungsstellen bis Ende 1994 zu schließen.

zwanges und die Verknappung der Beratungsmöglichkeiten setzen die betroffenen Frauen enorm unter Zeitdruck. Einige Frauen könnten den Wettlauf um eine Beratung aufgeben und sich "überzeugen" lassen, die Sache mit der Ab-



„Richter in die Zwangsberatung“

treibung gleich aufzugeben.

SPD-Kommunen wie Köln dürfen nicht die Drecksarbeit der Bundesregierung und der verbohrten reaktionären Kirche machen - gegen die Interessen der Frauen. Wir meinen deshalb:

- Keine Kürzungen bei den Beratungsstellen, sondern Ausbau. Nehmen wir diese selbsternannten "Lebensschützer" beim Wort!
- Keine Schließung der Beratungsstellen - weder jetzt noch nach 1994!
- Kostenlose Verhütungsmittel für alle, Ausbau des Sexualunterrichts in der Schule
- Billiger Wohnraum für Alleinerziehende und Familien mit Kindern
- Keine Kürzung des Kinder-, Erziehungs- und Wohngelds
- Weg mit dem § 218

Fiz Garvie, Köln



Zurück zu den Hinterhöfen?

Urteils eindeutig erkennen könnte. Für die Frauen hat das Urteil einen Vorteil - daß die letzte Entscheidung nicht mehr von einem Arzt, sondern von der Frau getroffen wird. Ganz zweifellos ist es für die Frauenärzte ein Nachteil, weil die Reglementierung über die Art der Beratung uns sehr viel mehr in die Nähe einer strafbaren Handlung bringt. Den Haupt-

Die Treuhandlanger von BASF & Co.

Aus 600 Milliarden Mark Vermögen wurden 400 Milliarden Schulden

Wenn die Arbeit der Treuhand-Anstalt (THA) Ende nächsten Jahres abgeschlossen ist, dann wird sie nach heutigen Schätzungen einen Schuldenberg von mindestens 400 Mrd. DM hinterlassen. Die Hälfte der 1989 noch 9 Millionen Arbeitsplätze sind verschwunden.

Die bürgerliche Propaganda erklärt dazu, das sei eben die "Erblast des Sozialismus", die DDR-Industrie sei ohnehin abbruchreif gewesen. Wir bestreiten nicht, daß es unproduktive und auch nicht sanierungsfähige Betriebe gegeben hat, die vom SED-Regime zugrunde gewirtschaftet worden waren. (Zu bestreiten ist nur, daß es sich dabei um Sozialismus gehandelt habe.) Doch der Anteil solcher Betriebe war nicht so hoch, wie man uns jetzt glauben machen will.

Zu Beginn ihrer Arbeit schätzte die THA selbst bei einer Bestandsaufnahme die wettbewerbsfähigen Industriebetriebe auf ein Drittel, die sanierungsfähigen auf ein weiteres Drittel. Jetzt, gegen Ende der THA-Tätigkeit, sind die Verhältnisse jedoch genau umgekehrt: 2/3 der Industriearbeitsplätze wurden vernichtet.

Das Vermögen der Ex-DDR wurde von unabhängigen Experten auf 1,3 Billionen DM geschätzt. Darin waren 4 Mio. Hektar Grund und Boden minimal veranschlagt. Der frühere THA-Chef Rohwedder gab das Vermögen der Treuhand-Firmen mit rund 600 Milliarden DM an. Heute sollen nur noch Schulden da sein. Wo ist dieses Vermögen geblieben?

Des Rätsels Lösung liegt im Crash-

Kurs der Vereinigung und in der Geschäftspolitik der Treuhand. Über 11 000 Privatisierungen wurden in nur drei Jahren durchgezogen.

Spendierhosen

Grundstücke und Betriebe werden unter Wert verschleudert. Die Märkische Faser AG in Premnitz wurde z.B. an eine Schweizer Chemiefirma verhöckert: ein Betrieb mit moderner Technik (die Produkte waren Exportschlager zu DDR-Zeiten auf westlichen Märkten), inklusive 300 Hektar Gelände, mit werkseigenen Wohnungen und Ferienobjekten als Zugabe - Preis: 5 Millionen DM. Die Allianz AG bekam die staatliche Versicherung der DDR für 711 Millionen DM nachgeworfen: 30 Mio. Versicherungsverträge, deren Beitragseinnahmen 1989 mit 7,5 Mrd. Mark beziffert wurden. Die Verwaltungs- und Abwicklungskosten übernahm die Allianz nicht. Die verblieben als Negativ-Posten von 3,7 Mrd. DM bei der Treuhand.

Nicht selten haben z.B. alte Geschäftsführungen und potentielle Käufer ein gemeinsames Interesse: die alten Geschäftsführer wollen ihren Job behalten, der potentielle Käufer will das Werk möglichst billig bekommen. Ergebnis: der Wert des Betriebes wird heruntergerechnet, der Investitionsbedarf übertrieben. SPD-MdB Hampel, der im Treuhand-Ausschuß des Bundestages sitzt, schätzt, daß 10 Prozent aller Privatisierungs-Verträge zwischen THA und Käufern unseriös sind. Dadurch entsteht laut Hampel ein Milliarden-Schaden.

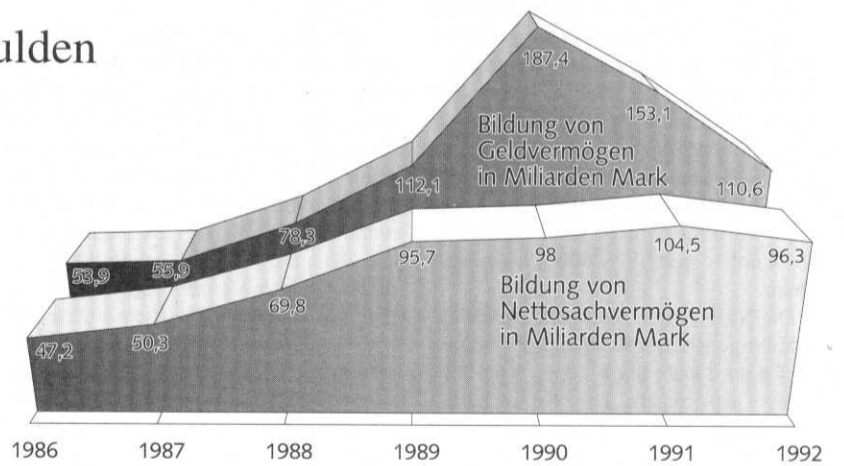
Die THA übernimmt, oft im Verein mit Bund und Land, fast jedes unternehmerische Risiko von den westdeutschen Kaufinteressenten. Die vom Ex-Ministerpräsidenten Lothar Späth geleitete Zeiss-Optik in Jena erhielt z.B. 2,7 Mrd. DM von Land, Bund und Treuhand, das sind 75 000 DM pro Arbeitsplatz an Subvention.

Nach gewerkschaftlichen Berechnungen subventioniert die THA jeden privatisierten Arbeitsplatz mit durchschnittlich 85 000 bis 125 000 DM. Dadurch sind immense Schulden entstanden.

Sanierung durch die Treuhand

Verluste von westlichen Firmen werden durch geschicktes Erstellen von Bilanzen auf den neu erworbenen Ostbetrieb übertragen. Dann werden Aufbau- und Investitionshilfen kassiert. Vor der Pleite stehende West-Betriebe versuchen, sich durch die reichlich fließende Treuhand- und Staatsknete im Osten zu retten. Spektakulärstes Beispiel dafür, wo dies vermutlich versucht wurde: Südmilch GmbH. BASF wird nach der Fusion ihrer Tochtergesellschaft Kali + Salz mit der Mitteldeutschen Kali, gegen die die Kumpel in Bischofferode kämpfen, besser da stehen: die THA deckt die Verluste der neuen Gesellschaft bis 1997 zu 80-90 Prozent ab, die BASF kann über 1,3 Mrd. DM kassieren.

Zu all dem kommen noch "kleinere" Summen hinzu, die den Schuldenberg der THA erhöhen, wie: die Millionen von Mark für westdeutsche Beratungs-



Vermögensbildung in der westdeutschen Industrie 1986-1992

Nach der Wende 1989 ist die Vermögensbildung in der westdeutschen Industrie rasant angestiegen. Es fand also eine gigantische Umverteilung Richtung Westen statt. Ein guter Teil des ehemaligen Volksvermögens der DDR befindet sich im Besitz westdeutscher Kapitaleigner. Dem öffentlichen Schuldenberg, den die Masse der Steuerzahler abtragen soll, steht ein enorm gestiegenes Geldvermögen in den Händen Weniger gegenüber.

(Quelle: Bundesbank/WSI, "Wochenpost" Nr.28/93):

und Gutachtertätigkeit. Oder die 35 Mrd. DM, die die Währungsunion 1990 gekostet hat: ein Großteil durch kriminelle Machenschaften bei der hektisch durchgezogenen Umtauschaktion. Das alles wird großzügig unter "DDR-Altlasten" gerechnet.

Die THA funktioniert als Agentur des westdeutschen Kapitals und hat das verschleudert, was an Volksvermögen der DDR vorhanden war, vorzugsweise an westdeutsche Kapitalbesitzer. Die DDR war nicht ein einziges Abbruchunter-

nehmen. Es gab eine Reihe von Betrieben, die auch westliche Märkte belieferten und produktiv waren, sowie sanierungsfähige Betriebe. Eine Kahlschlag- und Ausverkaufspolitik à la Treuhand hätte vermieden werden können, wenn die Wirtschaft nach dem Sturz des SED-Regimes in wirkliches Volkseigentum bei demokratischer Kontrolle durch die arbeitenden Bevölkerung übergegangen wäre. Das kann jedoch jederzeit nachgeholt werden...

Angela Bankert, Köln



Hilfe für Henker und Folterknechte

Ausländerbehörde will politisch Verfolgten abschieben

Die Taten der vielen kleinen Rassisten in deutschen Amtsstuben werden selten öffentlich bekannt. Sie werfen keine Brandsätze auf Flüchtlingsheime, sondern überlassen die Drecksarbeit (Einkerkerung, Folter, Mord) ihren Kollegen in der Türkei, Indien, Sri Lanka oder – Zaire.

Katshiabala Tshindaye gehörte in den 80er Jahren der Opposition gegen den zairischen Diktator Mobutu an. 1981 wurde er bei einer Studentendemonstration erstmals vom Militär verhaftet und mißhandelt. Als Angehöriger des vom Regime unterdrückten Balubastammes war er Repressionen ausgesetzt. Als das Militär 1990 nach seiner Teilnahme an einem Oppositionstreffen nach ihm fahndete, flüchtete er zuerst mit seinem Sohn und seiner Frau zu seinen Schwiegereltern und dann allein

in den Kongo, um seine Familie nicht weiter zu gefährden. Da er auch hier nicht sicher war, setzte er seine Fucht über Brazzaville, Moskau und Brüssel fort. Er sah sich dort von Spitzeln des zairischen Geheimdienstes bedroht und entschied sich, in der BRD einen Asylantrag zu stellen.

Rückkehr nach Zaire

Als es ihm nicht gelang, Kontakt zu seiner Familie in der Heimat aufzunehmen und ihn beunruhigende Nachrichten aus Zaire erreichten, kehrte er unter großen Gefahren mit gefälschten Papieren im Oktober 1991 nach Zaire zurück. Die Suche nach seiner Familie blieb erfolglos und er schloß sich wieder der Opposition an. Dort nahm er an einem Aufstand gegen die Absetzung der kurz zuvor demokratisch gewählten Bürgermeister durch das Mobutu-Regime teil.

Nach einer Verhaftungswelle wurde Tshindaye im Mai 1992 von der Geheimpolizei verhaftet und mißhandelt, kam aber durch Bestechung nach fünf Tagen frei. Nach erneuten Drohungen durch die Geheimpolizei floh er ein zweites Mal.

Er glaubte, in Deutschland sicher zu sein und kehrte mit seinem gefälschten Paß in die BRD zurück. Dort wollte er unter seinem richtigen Namen einen erneuten Asylantrag stellen, was ihm aufgrund der fehlenden Papiere nicht möglich war. Wegen sprachlicher Schwierigkeiten und aus Angst, sonst nicht in Deutschland bleiben zu können, stellte

er mit seinem falschen Paß in Bremerhaven einen neuen Asylantrag.

Bei einem Vergleich von Fingerabdrücken stellte die Ausländerbehörde seine wahre Identität fest und nahm Tshindaye in Abschiebehaft, getreu der Asylgesetzgebung, die die Benutzung falscher Papiere als Ablehnungsgrund vorsieht. Eine Klage der Rechtsanwältin wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Ein Brief, in dem er sein Asylbegehren erläutern wollte, wurde ihm abgenommen.

Druck auf Innensenator

Als die Bremerhavener JRE-Gruppen und die JungsozialistInnen seinen Fall an die Öffentlichkeit brachten und Proteste organisierten, wurden Tshindayes Haftbedingungen verschärft. Es wurde versucht, Besuche zu unterbinden. Trotz der Bitte des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO, Tshindaye vorerst nicht abzuschicken, wurde bereits ein Flug gebucht und die Übergabe an die zairischen Behörden – und damit an die Geheimpolizei – organisiert.

Das Bündnis aus JRE, Jusos, Grünen, Stadtschülerring, Gewerkschaftern und Menschenrechtsorganisationen hat bereits eine Besetzung des Oberbürgermeisterbüros, eine Demonstration und den "Besuch" einer Veranstaltung mit Innensenator Van Nispen organisiert und wird weiter Druck machen, um die Abschiebung von Katshiabala Tshindaye zu verhindern.

Jörn Kroppach, JRE Bremerhaven

Stoppt Faschisten

Fortsetzung von Seite 12

Was aber deutlich wird, ist nach welchem Muster solche Entscheidungsprozesse im Staatsapparat laufen. Der Feind steht links, dieser muß beobachtet, behindert und gestoppt werden. Wenn das bedeutet, daß Nazis ungehindert aufmarschieren können – na schön.

Die Ereignisse von Fulda reihen sich ein in eine Kette, die von Hoyerswerda über Rostock bis nach Solingen reicht. Die Verbote von einigen wenigen faschistischen Organisationen sind Show. Diese können sich unter neuem Namen wieder organisieren. Es wurden keine Anstalten von staatlicher Seite gemacht, die Nazibandern ernsthaft zu schlagen: Gruppen aufzulösen, Anführer aus dem Verkehr zu ziehen.

Fulda war keine Panne, sondern typische Polizeistrategie in der BRD. In Jülich bei Aachen waren am 20. 8. mehrere Hundertschaften bei einer Nazi-Fete eingesetzt. Nicht, um diese aufzulösen, sondern um GegendemonstrantInnen

fernzuhalten. Daß dies im Einsatzbefehl stand, erfuhren Aachener JREler. Da die Nazis ihre Feier nicht durchzogen, kam es nicht zu Auseinandersetzungen.

Fulda zeigt einmal mehr: der braune Mob wird nicht von Polizei und Justiz gestoppt werden. Der einzige Weg, den Kampf gegen Rechts zu führen, ist antifaschistische Selbstorganisation. Hätten am 14. August nicht nur einige Hundert GegendemonstrantInnen die Verfolgung der Faschisten aufgenommen, hätten DGB, SPD und PDS für diesen Tag bundesweit für Gegendemonstrationen mobilisiert, dann wäre es zu keinem Naziaufmarsch gekommen. Den Faschisten hätte im Gegenteil eine schmerzliche Niederlage zugefügt werden können. Die Chance wurde vertan – jetzt gilt es sicherzustellen, daß die nächste Chance, die es geben wird, ergriffen wird.

Der Aufbau der bundesweit vernetzten "Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE" ist dazu ein wichtiger Schritt.

Ulf Petersen, JRE-Bundesausschuß



Flüchtlinge auf dem Flughafen Frankfurt

JRE-Demo in Berlin-Marzahn

Nazis trauen sich nicht anzugreifen/Polizeiübergriffe

Am 21. 8. fand in Berlin-Marzahn anläßlich des Jahrestages des Rostocker Progrome die einzige größere Antifa-Demo dieses Wochenende statt. JRE Berlin hatte diese Demonstration organisiert. Die IG Metall, die ÖTV-Jugend, die Jusos Kreuzberg, Lichtenberg und Pankow sowie die PDS Marzahn hatten den Aufruf unterstützt. 10 000 Flugblätter wurden verteilt, 2000 Plakate geklebt.

Die Nazis hatten per Telefonterror angekündigt, die Demo gewaltsam zu zerschlagen. Doch über 2000 Menschen kamen zusammen. Die Nazis hatten mobilisiert, immer wieder tauchten kleinere Gruppen in der Nähe der Demo auf. Sie blieben aber in sicherer Entfernung, als sie die Größe der Demonstration zuzugesehen. Sie konnten in ihrer angeblichen Hochburg Marzahn wenig

ausrichten.

Allerdings griffen einige Faschisten die Demo von Balkonen aus an. Sie brüllten Parolen, machten den Hitlergruß und warfen Steine und Flaschen direkt in die Menge. In einiger Entfernung hinter der Demo waren 50-60 Rechte aufmarschiert, trauten sich aber nicht anzugreifen. Als die Demonstranten anhielten und sich gegen die Nazis in den Häusern wehren wollten, ging die mal wieder reichlich aufmarschierte Polizei gegen die Antifaschisten vor. Es gab einige Verletzte und 3 Festnahmen. Schon vorher hatten die ca. 400 Beamten die Demo so massiv "geschützt", wie es den Faschisten nie zuteil wird. Die Polizisten machten auch einen aggressiven Eindruck gegenüber den AntifaschistInnen.

Später wurden auch einige Nazis fest-

genommen. Die Polizei ging nach ihrer offensichtlich zum Pflichtprogramm gehörenden Knüppelerei nicht weiter gegen die Demo vor und ließ einen geordneten Weitermarsch zu. Die Einsatzleitung mußte vor JRElern eingestehen, daß die Gewalt von den Nazis ausging.

Erfolgreiche Demo

Berliner JRE-SprecherInnen werteten die Demo als großen Erfolg. Sie war keine Reaktion auf einen Nazi-Angriff, drückte keine hilflose Betroffenheit aus. Die Faschisten wurden offensiv angegangen. Die Faschisten versuchen, rund um die Großstädte, auf dem Land oder in den Randbezirken, einen "braunen Gürtel" aufzubauen. Auch das Plattenbau-Viertel Marzahn am Ostrand Berlins gilt als rechte Hochburg. Gerade in solchen Wohngebieten müssen AntifaschistInnen anwesend sein, um ein Gegengewicht zu schaffen. Viele Teilnehmer der Demo waren Jugendliche aus Marzahn selbst. Es gab viele ermutigende Bemerkungen auch von älteren Passanten. Auf diesem Weg muß JRE weitermachen: sich in den Stadtteilen verankern, um so effektiv die Nazis bekämpfen zu können.

Presse und Fernsehen berichteten nicht nur über die Randalen, sondern auch über Ziele der Demo und von JRE.

Der Ablauf der Demonstration hat gut geklappt. Doch trotzdem werden beim nächsten Mal noch mehr Ordner gebraucht. So kann die Demonstration bei Attacken der Nazis oder Polizeiübergriffen angemessen reagieren und die Teilnehmer am besten vor Verletzungen oder Festnahmen geschützt werden.

Redaktion

antifa
notizen

Freiburg: Naziredaktion vertrieben

Bei ihren Aktivitäten gegen Nazi-Zeitungen wurde Jugend gegen Rassismus in Europa in Freiburg und dem Markgräflerland auf die Redaktion der "Jungen Freiheit" in Freiburg aufmerksam. Die "Junge Freiheit" ist "intellektuelles" Rückgrat und Klammer des rassistischen Flügels der CDU um Lummer und Maier-Vorfelder auf der einen und den kleineren rechtsradikalen Parteien auf der anderen Seite.

Die JREler erstellten ein Flugblatt mit der Forderung nach Ächtung und Boykott der rassistischen Zeitung. Ein Gespräch mit dem Chefredakteur Stein brachte die JREler zu der Überzeugung, daß hier mit Argumenten nichts mehr zu machen ist.

Durch die Flugblattaktion und eine Mahnwache, Hausbesuche und Diskussionen mit Nachbarn wurde erreicht, daß der Redaktion der Mietvertrag gekündigt wurde. Die Vermieterin begründete die Kündigung mit der Tatsache, daß bereits während des "3. Reiches" bedeutende Nazis in dem Haus gewohnt hätten und daß sie damit nichts zu tun haben wollte. Sollte sich die Redaktion der "Jungen Freiheit" wie behauptet ganz aus Freiburg zurückziehen (nach Potsdam?), wäre das ein großer Erfolg, auch weil der Kontakt zu rechten Studentenverbindungen an der Universität erschwert werden würde.

Weiterhin veröffentlichte JRE Freiburg eine "Braune Liste" mit den Namen und Adressen von Faschist aus der Region, um diese Herrschaften aus ihrer Anonymität zu holen.

"Rein historisch"

Ein Schiff der deutschen Kriegsmarine hat bei einer offiziellen Zeremonie die Reichkriegsflagge gehißt. Dies war die Flagge der kaiserlichen Armee und wird heute von den Neo-Nazis als legales Faschisten-Symbol benutzt. Französische und britische Schiffe hatten dies gesehen. Frankreich legte Protest ein. Das deutsche Verteidigungsministerium verweigerte eine Entschuldigung mit dem Hinweis darauf, die Reichkriegsflagge wäre von "rein historischer Bedeutung" — wie wahr, wie wahr. (laut AFP und "Daily Telegraph", 14. 8. 93)

Erstes JRE-Sommerncamp

Vom 2. bis zum 8. August fand in Waren (Mecklenburg-Vorpommern) das erste JRE-Sommerncamp statt. Es wurde von der Ortsgruppe Rostock organisiert. Hundert JRElerInnen aus Ost- und Westdeutschland trafen sich zum Erfahrungsaustausch und zur politischen Diskussion – und natürlich, um Spaß zu haben, sei es beim Sport oder bei Veranstaltungen wie der "Neptuntaufe" und einem nicht ganz ernst zu nehmenden Fahnenappell.

Am Freitag, den 6. August wurde in Waren ein Info-Stand gemacht. Dabei tauchten auch Faschisten aus dem Ort auf und drohten mit einem Angriff auf das Camp. Am Abend wurde dann eine JRElerin aus Rostock, die sich allein am Badeseer aufhielt, von drei Nazis krankenhaushausreif geschlagen. In den folgenden beiden Nächten haben kleinere Gruppen von Nazis sich in der Umgebung des Lagers gesammelt. Der von JRE organisierte Selbstschutz und Wachdienst und nicht zuletzt die für den Samstag angerückte Verstärkung aus Waren, Güstrow und Lübeck haben sie jedoch davon abgeschreckt, das Lager anzugreifen.



Über 2000 demonstrierten in Marzahn gegen die Faschisten

Ermittlungsspannen mit System

Von erblindeten Elitekämpfern und verlorenen Patronenhülsen

Der Zwischenbericht der Bundesregierung über Bad Kleinen gesteht ein, daß die Aktion eine Anhäufung von Pannen und Versagen war. Vom Versäumnis, schußsichere Westen auszuteilen über das Fehlen eines Notarztes bis zu dem verstümmelten Funkspruch, der zum "verfrühten Zugriff" führte.

Bei den Ermittlungen gab es noch mehr "Pannen":

■ Die Zeugenaussagen der Kiosk-Besitzerin, Grams wäre von Beamten hingerichtet worden, wurde von den Ermittlern nicht berücksichtigt

■ Die mitgeführten Privatwaffen der GSG-9-Beamten wurden nicht sichergestellt

■ Videoaufnahmen wurden "versehentlich" gelöscht

■ Funkprotokolle existieren wegen eines "Funklochs" nicht

■ Schießspuren an den Bahnhofswänden wurden übertüncht

■ Noch immer wurden nicht alle Patronenhülsen gefunden

■ Beamte, die nach eigenen Angaben auf dem Bahnsteig standen, wollen

nicht gesehen haben, wie Grams gestorben ist

■ Nach den Zeitangaben, die die Beamten machen, hätte Grams nach seinem Sturz auf die Gleise zwei Sekunden Zeit gehabt, sich für den Selbstmord zu entscheiden

■ Grams Pistole befand sich "vor dessen Gesicht in der Nähe der linken Hand". Doch anhand des festgestellten Schußkanals kann sich Grams nur mit der rechten Hand erschossen haben

■ Erst hieß es, der GSG-9-Beamte Michael Newrzella sei von vier Schüssen getroffen, dann waren es nur noch zwei. An der Stelle, an der Newrzella gestorben sein soll, waren keine Blutflecken.

Kanthers Nebelgranaten

Der von Innenminister Kanther zu verantwortende Bericht, der für "lückenhafte Aufklärung" sorgen sollte, beantwortet die Frage, wie Grams gestorben ist, nicht. Er stellt die verschleppte Aufklärung als Ansammlung von Fehlern dar. Doch die Ermittlungsspannen gehen alle in eine Richtung: Hinweise auf eine Ermordung von Wolfgang Grams wurden unterschlagen, wilde Theorien über einen Unfall oder Selbstmord verbreitet.

Die Ermittlungsspannen sind keine, sondern Absicht. Die "Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Polizisten" geht davon aus, daß "Fehler systematisch gemacht wurden – bewußt und ge-

wollt". Man braucht keine überspannte Phantasie oder Verschwörungstheorien, um den Schluß zu ziehen, daß der entwaffnete und verletzte Wolfgang Grams in Bad Kleinen von Beamten der GSG-9 hingerichtet worden ist.

In diesem Fall könnten die verantwortlichen Staatschützer und Politiker entschieden haben, daß sich die Vertu-

S. ist durch den Pfüsch der Einsatzkräfte als Informant wertlos geworden. Wahrscheinlich wußte er vorher vom Anschlag auf den Knast in Weiterstadt.

Noch mehr zu verbergen?

Ungeklärt ist, inwieweit seine Geldgeber vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz Bescheid wußten. Die Behörden vertrauten Klaus S. nicht und informierten ihn nicht über die Aktion in Bad Kleinen. Sein Einsatz wirft Fragen über das Umgehen mit V-Leuten auf. Es ist möglich, daß der Staat mehr zu vertuschen hat als den mutmaßlichen Mord an Grams. Bei den Krefelder Krawallen anschließend des Bush-Besuches 1983 haben Verfassungsschutz-Agenten gewalttätige Demonstranten gespielt. Das Loch in die Mauer des Celler Knastes hat auch der Verfassungsschutz gesprengt, um einen Terroranschlag vorzutäuschen.

Wenn V-Leute in die Szene eingedrungen sind, dann ist es auch möglich, daß der Staat den Namen der RAF für seine eigenen Zwecke benutzt. Nicht überall, wo RAF draufsteht, muß RAF drin sein.

Claus Ludwig, Köln

„Behauptung: Es hat eine Liquidierung gegeben. – Richtig ist: ... Der Kopfschuß muß auf Selbsttötung oder Unfall zurückzuführen sein.“

Aus dem Argumentationskatalog des Zwischenberichtes, wie mit der öffentlichen Diskussion umzugehen ist

schungskampagne lohnt. Der dadurch entstehende Vertrauensverlust wäre das kleinere Übel gegenüber der öffentlichen Feststellung, daß deutsche Polizeieinheiten einen hilflosen Menschen ermordet haben. Die "Befürchtung" vieler Politiker, daß "möglicherweise die Vorgänge in Bad Kleinen leider nie ganz aufgeklärt werden können" zeigt ihre Hoffnung, die Affäre zu den Akten legen zu können.

In Bad Kleinen war der V-Mann Klaus Steinmetz eingesetzt, der Kontakt mit führenden RAF-Leuten hatte. Klaus



Trainingseinheit Nr. 08/15: Aufgesetzter Nahschuß

Sackgasse RAF-Terror

Die „soziale Gegenmacht von unten“ muß aufgebaut und kann nicht herbeigebombt werden

Der mutmaßliche Mord an Wolfgang Grams hat die Rote Armee Fraktion wieder ins Gespräch gebracht.

Es ist möglich, daß die RAF oder andere Gruppen Anschläge machen, auch wenn es im Moment nicht danach aussieht. Die kapitalistische Krise, die fortschreitende Verelendung großer Teile der Menschheit, der Raubbau an der Natur, die Perspektivlosigkeit, können zu Wut, Haß und Frustration führen. Der Weg der RAF könnte für manche Jugendliche wieder attraktiv werden, weil er als konsequent und kompromißlos erscheint.

Doch wohin führt dieser Weg und wem nutzt er?

VORAN lehnt die Methoden des individuellen Terrorismus als Mittel zur Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft ab. Es gibt kein Beispiel, wo die Arbeiterklasse oder die Jugend von individuellem Terrorismus profitiert hätte – im Gegenteil.

Wir vergießen aber auch keine Krokodilstränen über die Opfer aus den höchsten Kreisen, wie es die Parteibürokraten und Medien machen. Denn die eigentliche Gewalt in dieser Gesellschaft geht nicht von den RAF-Leuten aus.

Staatlicher Terror

Der eigentliche Terror geht von den kapitalistischen Staaten aus – ob der Terror der USA gegen die irakischen Menschen, der Terror des Staates Israel gegen das libanesische Volk oder der UNO-Terror in Somalia. Im Südosten der Türkei führt die Armee mit deutscher Unterstützung einen blutigen Krieg gegen das kurdische Volk. Wir brauchen aber gar nicht soweit zu gehen. Großbritannien hält Nordirland besetzt, französische Polizisten haben während Vernehmungen willkürlich arabi-

sche Jugendliche erschossen.

Der Terror des Kapitalismus ist nicht immer so offensichtlich. Millionen von Menschen verlieren ihre Arbeit, Jugendliche wachsen ohne jede Zukunftsperspektive auf, Frauen wird das Recht genommen, selbstbestimmt zu leben.

Aber sind Bomben und Attentate die richtige Antwort auf den kapitalistischen Terror? Was ist das Ziel dieses "linken" Terrors? Soll das System weggebombt werden?

Leo Trotzki (Marxist und mit Lenin ein Hauptführer der russischen Oktoberrevolution) sagte dazu: "Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen aufgebaut und kann nicht mit ihnen vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben, der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter."

Den Staat enlarven?

Es ist egal, ob sich eine Bonze totfrißt, von seiner Yacht fällt und ertrinkt oder von einer Bombe zerrissen wird. Spätestens nach einer Woche wird er durch einen anderen ersetzt. Kapitalismus ist ein System, es basiert nicht auf einzelnen Profitgeiern, sondern auf der Erzielung des Profits allgemein.

Nun mag ein RAF-Sympathisant einwenden, daß es darum ja gar nicht geht, daß diese Illusion nicht mehr existiere. Der Terror solle den Staat zu immer aggressiveren Reaktionen reizen und so seinen "faschistischen" Charakter offenbaren. So werde den Massen dann die Augen geöffnet.

Doch der individuelle Terror erreicht genau das Gegenteil. Der kapitalistische Staat wird durch Attentate nicht geschwächt. Er nutzt den Terror, um sich zu stärken. In der Bundesrepublik wurde in den 70er und 80er Jahren der Terrorismus als Vorwand für den Abbau

demokratischer Rechte benutzt. Dabei konnte die Regierung darauf setzen, daß der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung begrenzt blieb, weil diese die RAF nicht unterstützen beziehungsweise nicht diesen Anschein erwecken wollte. Diese Gesetze wurden gegen Linke, GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen angewandt.

Aus demselben Grund sind wir gegen die Verschärfung von Gesetzen mit der (offiziellen) Begründung, den Rechtsterrorismus zu bekämpfen – solange diese Regierung und dieser Staat die Kontrolle über die Anwendung der Gesetze hat, werden sie immer auch gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eingesetzt werden.

Die Annahme, je mehr der Kapitalismus demokratische Rechte einschränke, desto stärker werde der Widerstand, ist falsch. Sich frei organisieren und demonstrieren zu können und Rechte wie das Streikrecht sind Errungenschaften der Arbeiterbewegung und wichtig für den Kampf für eine neue Gesellschaft. Nicht von ungefähr konnte Hitler nicht so einfach wieder gestürzt werden, nachdem er an die Macht gekommen war, die Arbeiterparteien und Gewerkschaften zerschlagen und die faschistische Macht stabilisiert hatte.

Auf die eigene Kraft vertrauen

Die RAF-Terroristen spielen sich auf wie moderne Robin Hoods, die in Vertretung für die Massen den Kampf gegen das System führen. Ein Anschlag gibt keine Antwort darauf, was ArbeiterInnen und Jugendliche selber tun müssen, um etwas zu verändern. Bomben führen weder zu Streiks noch zu einem höheren Organisationsgrad. Die Terroristen erwecken bestenfalls den Eindruck, das andere das System schon bekämpfen und das man selber nichts machen



Anschlag auf Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank, 1989: Technische Perfektion kann Massenmobilisierung nicht ersetzen

kann.

Viel schlimmer ist, daß der Terror die ArbeiterInnen in die Arme der Regierung treibt. Aus Angst vor Terror und Chaos wird der Abbau demokratischer Rechte hingenommen, werden die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital verwischt und die Einheit aller "Demokraten", die Einheit der "Mitte" beschworen. "Gegen Extremismus von Links und Rechts" heißen dann die Parolen.

RAF gibt Niederlage zu

Das Problem der Terroristen ist ihr Mangel an Vertrauen in die Masse der ArbeiterInnen und Jugendlichen. Sie glauben nicht, daß diese in der Lage sind zu kämpfen und zu siegen. Die Basis der Handlungen der RAF sind Verzweiflung und Frust. Sie sind "Liberaler mit Bomben", denn genauso wie Liberale glauben sie an die Macht des Individuums, die Geschichte zu verändern.

Jeder Streik, und sei er noch so klein und kurz, bringt mehr als die dickste Bombe der RAF. Nur die Massen selber können sich soziale Verbesserungen und demokratische Rechte erkämpfen und nur sie können letztlich auch das kapitalistische System abschaffen und durch ein gerechtes, ein sozialistisches System ersetzen.

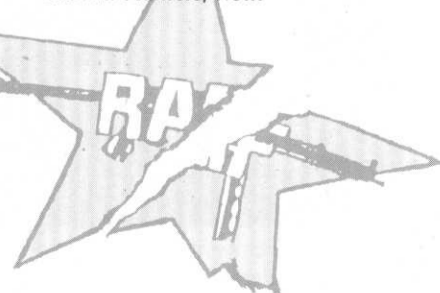
Die RAF-Kommandoebene scheint zu akzeptieren, daß sie gescheitert ist. In ihren letzten Erklärungen betont sie die

Wichtigkeit der "sozialen Gegenmacht von unten". Es reicht aber nicht, diese zu betonen und weiter Bomben zu basteln. Sozialisten müssen geduldige Arbeit unter den Massen, den Mitgliedern der Gewerkschaften, der SPD, den sozialen Bewegungen leisten, Widerstand organisieren und die Beschränktheit der kapitalistischen Gesellschaft erklären.

Doch auch wenn die RAF liebend gerne aufhören würde, wird ihr von der Regierung keine Möglichkeit dazu gegeben. Der Staat braucht das Schreckgespenst RAF. Der Staatsapparat zeigt durch Kompromißlosigkeit, unmenschliche Haftbedingungen und Methoden á la Bad Kleinen seinen Willen, den RAF-Leuten den Weg aus der Illegalität heraus zu verbauen, er zwingt sie, weiterzumachen.

Wir dürfen uns im Kampf für eine andere Gesellschaft nicht auf RAF-Rächer verlassen. Nur Massenaktionen von ArbeiterInnen und Jugendlichen können Verbesserungen erzielen und eine neue Gesellschaft erkämpfen.

Sascha Stanicic, Köln



Chile 1973

Santiago, 11. September 1973: Flugzeuge bombardieren das Regierungsgebäude und Wohnviertel, Panzer fahren durch die Straßen, Soldaten stürmen Fabriken und treffen auf erbitterten Widerstand. Erschießungskommandos durchkämmen Wohnblocks, Tausende Verhaftete werden im Stadion von Santiago zusammengetrieben, in Radio und Fernsehen laufen Denunziationsaufrufe mit Belohnungsversprechen. Zehntausende werden ermordet. Es dauert Tage, bis die Soldaten alle besetzten Fabriken erobert, alle Arbeiterwohnviertel und Slums unter Kontrolle haben. So endet die Regierung der „Volkseinheit“ (Unidad Popular) unter Salvador Allende.

Jahrhunderte der Unterdrückung

Im 16. Jahrhundert kolonialisierten die Spanier Chile. Die Kolonialherren unterjochten die Bevölkerung mit äußerster Brutalität, da kaum Profit aus dem kargen Land zu ziehen war. Die fruchtbaren Gebiete wurden zu Großgrundbesitz und nicht zur Versorgung der Bevölkerung bestellt. Ein Teil der Bevölkerung mußte fast wie Sklaven im Bergbau arbeiten.

Nach einem Eroberungskrieg um Rohstoffvorkommen gegen Peru und Bolivien im 19. Jahrhundert wurde der Bergbau mit Kupfer und Salpeter als Exportprodukte immer wichtiger. Entscheidende Teile der Wirtschaft befanden sich immer im Besitz oder unter Kontrolle imperialistischer Monopole. Zuerst aus Spanien, dann im 19. Jahrhundert aus dem Britischen Königreich und im 20. aus den USA. Wegen der Hungerlöhne gab es kaum einen chilenischen Binnenmarkt, weshalb die Wirtschaft völlig vom Export abhing.

Die chilenischen Großgrundbesitzer hatten auch das Monopol über den Handel und bildeten daher auch die Bourgeoisie (= Kapitalistenklasse). Das ist der Grund, warum es im 19. Jahrhundert nicht wie in Europa zu einer bürgerlichen Revolution kam. Zwar wurde 1818 die formale Unabhängigkeit erreicht, doch die politische Freiheit, die Entwicklung einer Binnenwirtschaft und eine Agrarreform wurden nicht verwirklicht. Die chilenische herrschende Klasse blieb Gehilfe der ausländischen Konzerne.

Die Arbeiterbewegung

1922 schloß sich die junge sozialistische Partei der Kommunistischen Internationale (Komintern) an und benannte sich später in Kommunistische Partei Chiles (KPCh) um. Die Angst der Bourgeoisie vor dem Anwachsen der 1910 gegründeten Gewerkschaftsbewegung FOCH und der KPCh war groß. Nach einem Militärputsch wurden 1926 die Arbeiterorganisationen verboten.

Die stalinisierte KPCh verlor im Laufe der Weltwirtschaftskrise fast jegliche

Unterstützung. Die Lage der Massen Anfang der 30er Jahre war verzweifelt. Die Mittelschichten hatten kaum noch Hoffnung, im Kapitalismus nach oben zu kommen. Die Alternative der UdSSR vor Augen putschten 1932 linke Offiziere und riefen die „Sozialistische Republik“ in Chile aus. Sie unternahmen jedoch nichts, um die Arbeiterklasse zur Verteidigung zu mobilisieren. Ihre Regierung brach nach wenigen Tagen zusammen.

Aus der Erfahrung, daß ohne starke Klassenorganisation ein solches Experiment scheitern muß und aus der Enttäuschung mit der KPCh wurde 1933 erneut eine sozialistische Partei (SP) gegründet. Programmatisch vertrat sie den revolutionären Kampf für den Sozialismus — doch eine Kampforganisation wurde nicht aufgebaut.

Volksfront

Nach der Machtergreifung Hitlers und dem Scheitern einer Übereinkunft mit ihm suchte Stalins Komintern das Bündnis mit den Teilen der herrschenden Klasse, die nicht die Methoden des Faschismus zu ihrer Machterhaltung unterstützen. Dieses Konzept wurde „Volks-Front“ genannt, da es Vertreter aus dem ganzen Volk, also auch Unternehmer, umfaßte. Die Kapitalisten machten natürlich nur mit, wenn der Kampf um ihre Entmachtung in die ferne Zukunft verschoben wurde.

Nach einem faschistischen Putschversuch propagierte die KP die Idee der Volksfront. Die SP bestand zunächst auf der führenden Rolle der Arbeiterklasse, kapitulierte dann aber vor dem Druck der KP. Die Volksfrontregierung von 1938 bis 1946 wurde von der bürgerlichen Radikalen Partei angeführt. Weil nach anfänglichen kleinen Reformen die Kapitalisten keine weitere Hebung des Lebensstandards mehr zuließen, führte sie die übliche blutige Unterdrückung durch. Die SP erlitt starke Mitgliedsverluste und Ausschlüsse.

Aus diesen Erfahrungen zog eine große Abspaltung der SP die richtige

Schlußfolgerung: *„Durch den unausweichlichen Zwang historischer Umstände wird die große wirtschaftliche Entwicklung durch die bürgerlich-demokratische Revolution — Agrarreform, Industrialisierung und nationale Unabhängigkeit — in unseren lateinamerikanischen Ländern nur durch die sozialistische Revolution erfolgen.“*

Neue Arbeiterkämpfe

In den 50er Jahre kam es zu einer Erholung der Arbeiterbewegung: 1953 wurde der vereinigte Gewerkschaftsverband CUT gegründet, 1956 initiierte die neuvereinte SP eine sog. „Volksaktionsfront“ (FRAP) mit der KP. Ziel war die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung im Sinne obiger Schlußfolgerung. Doch unter KP-Einfluß wurde die Entmachtung der Kapitalisten verdrängt und das Bündnis im Kern eine neue Volksfront. Bei den Präsidentschaftswahlen 1958 trat die FRAP mit Allende als Kandidat an und verfehlte den Sieg nur um 30 000 Stimmen.

Die reaktionäre Regierung von 1958-64 brachte massive Streiks und weitere Radikalisierung mit sich. Die Arbeiterbewegung war durch pure Unterdrückung nicht mehr zu stoppen. 1964 drohte ein überwältigender Wahlsieg der FRAP.

Christdemokraten

Der US-Imperialismus und die chilenischen Unternehmer änderten ihre Politik. Die 1957 gegründete Christdemokratische Partei (PDC) wurde massiv unterstützt. Sie versprach eine umfassende Landreform unter der Parole „Revolution in Freiheit“. Das Ausbluten durch internationale Konzerne sollte eingeschränkt und endlich auch der Lebensstandard der Massen gehoben werden. Die PDC errang einen überwältigenden Wahlsieg.

Zunächst konnte sich die christdemokratische Regierung auf die Massen stützen. Einige große Ländereien wurden enteignet und aufgeteilt, die Kupferindustrie wurde zu 51 Prozent verstaatlicht. Es kam tatsächlich zu Verbesserungen für Teile des Volkes. Damit war es jedoch bald vorbei. Die Landreform blieb stecken und führte zu keiner grundlegenden Verbesserung für die Masse der verarmten Landarbeiter. Die brutale Ausbeutung der Industriearbeiter durch hauptsächlich US-Konzerne blieb bestehen. Die Verarmung der städtischen Massen wurde wegen der Bevölkerungsexplosion mit Entstehung von Slums in den großen Städten schlimmer.

Bei neuen Streiks Ende der 60er Jahre töteten die Ordnungskräfte über 20 Sozialisten. Ein Putschversuch im Herbst 1969 wurde durch einen Generalstreik niedergeschlagen. Die Massen waren enttäuscht von den leeren Versprechungen der PDC.



Pinochet gab seinen Offizieren viele Privilegien, um sich ihrer Unterstützung sicher zu sein.

Das Kapi

Hoffnung und Putsch

Die Unidad Popular (UP) war ein Bündnis der Sozialistischen Partei (SP), der Kommunistischen Partei (KP), der Radikalen Partei (PR) und der MAPU („Bewegung der einheitlichen Volksaktion“, die sich 1968 von der konservativen PDC abgespalten hat). Obwohl dies ein Bündnis von Parteien der Arbeiterbewegung und Vertretern des Bürgertums war, verkündete es nach der Wahl Allendes zum Präsidenten am 4. September 1970 ein Reformprogramm, das letztendlich den Aufbau des Sozialismus versprach. Friedlich und in vielen kleinen Schritten sollten chilenische Unternehmer und ausländische Multis ihre Macht abgeben.

Kompromiß statt Revolution

Als die UP an die Macht kam, konzentrierten sich auf sie die Hoffnungen der verarmten Massen. Doch schon die Amtsübernahme Allendes wurde mit einem Kompromiß erkaufte. Die UP hatte die Präsidentschaftswahl gewonnen, im Parlament aber noch keine Mehrheit. Sie kam mit den Christdemokraten überein, sich bei der Umsetzung ihres Programmes streng an bestehende Gesetze zu halten und vor allem den Aufbau von bewaffneten Arbeitermilizen nicht zuzulassen.

Die Regierung machte zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens den Versuch, die Armee von den reaktionären Elementen zu säubern, geschweige denn, die einfachen Soldaten in ihre Politik einzubeziehen und politisch gegen ihre Vorgesetzten zu impfen. Stattdessen setzte sie auf Gehaltserhöhungen für die oberen Ränge.

Schläge gegen die Unternehmer

Die neue Regierung führte schnell umfassende Verstaatlichungen und soziale Reformen durch. Gerade weil diese Regierung zum ersten Mal energisch

die Interessen der Massen vertrat, stiegen die Hoffnungen. Arbeiter, Landarbeiter oder Bauern versuchten, diese Reformpolitik durch eigenständige Handlungen zu beschleunigen. Landarbeiter besetzten Großgrundbesitz, Arbeiter besetzten Fabriken. Die Kämpfe zwischen Unternehmern und Belegschaften wurden oft so intensiv, daß die Eigner die Produktion sabotierten und Betriebe ungeplant verstaatlicht wurden, um die Produktion aufrechtzuerhalten.

Im ersten Regierungsjahr wurde fast die gesamte Kupfer-, Salpeter-, Kohle-, Öl-, Eisen- und Papierindustrie, die Banken und das Energie- und Transportwesen verstaatlicht. Fast alle großen Ländereien (latifundias) wurden enteignet. Der Mindestlohn wurde drastisch erhöht und eine gleitende Lohnskala eingeführt. Die Mieten wurden auf 10 Prozent des Lohns begrenzt, Preiskontrollen eingeführt, ein Bildungsprogramm begonnen und Kindergärten gebaut.

Die Regierung übernahm jedoch nur 25 Prozent der großen Handelskonzerne, wodurch den Unternehmern die Möglichkeit blieb, künstlich Warenverknappung und Preissteigerungen herbeizuführen. Weil die nationale Industrie hauptsächlich auf Grundstoffe beschränkt war, blieb der notwendige Import von Konsumgütern und Nahrungsmitteln in privaten Händen. Außerdem blieben die meisten Zeitungen und Fernseh- bzw. Rundfunksender unter Kontrolle privater Großkonzerne.

Verpaßte Gelegenheiten

Die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Politik der UP zeigte sich im Sieg bei den Kommunalwahlen April 1971: 52 Prozent stimmten für die UP. Dieser Sieg führte zu einem starken Anstieg der Selbstorganisation der arbeitenden Bevölkerung in Komitees. Die Gelegenheit wäre günstig gewesen, Parlamentswahlen auszurufen,



Allende kurz vor seiner Ermordung bei der Verteidigung des Präsidentenpalastes

gegen die von einem amerikanischen Journalisten aufgedeckten Putschpläne von Militärs und ITT, einem in Chile vertretenen US-Multi der Kommunikationsindustrie.

Die Unternehmer schagen zurück

Im Oktober 1972 organisierten die Christdemokraten einen Streik der Lastwagenbesitzer, der die Versorgung lahmlegen sollte. Die Christdemokraten spielten den legalen Flügel des bürgerlichen Widerstands. Für den Terror gegen Arbeiteraktivisten wurde die Organisation "Vaterland und Freiheit" (Patria y Libertad) aufgebaut.

Der Transportstreik im Herbst 1972 war die erste große Herausforderung der Bourgeoisie an die Arbeiterklasse. Der Angriff wurde niedergeschlagen. Arbeiterräte wurden wiederbelebt und organisierten zusammen mit staatlichen Preiskontrollorganen die Verteilung von Gütern. Die Regierung hatte keine Probleme, mit Unterstützung der unteren Ränge der Armee, den Transport der Güter sicherzustellen. Doch obwohl die Regierung schon lange über die Verstaatlichung der letzten 71 Großkonzerne diskutiert hatte, wurde auch diese Niederlage der Opposition nicht genutzt.

Im Gegenteil, um der Bourgeoisie guten Willen zu zeigen und die Militärs zu beruhigen, wurde ein General im November 1972 zum Innenminister ernannt. Die Folge war noch freiere Hand

des Totalitarismus in seiner Geschichte. Krieg ist Krieg, die Provokation geht von der Regierung aus und wir werden entsprechend antworten." (Ercilla, 18.-24. 4. 73)

Die Bourgeoisie konnte sich auf Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung stützen. Sie nutzten einen Streik der Angestellten einer Kupfermine, um Straßenschlachten zwischen diesen und der Polizei zu provozieren. Es kam ebenfalls zu Straßenkämpfen zwischen Faschisten und Linken. Die UP war praktisch gespalten. Die Rolle der KP war fatal: der kommunistische Polizeichef

sten Befehlshabern von Luftwaffe und Armee machte.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung wurde am Jahrestag der Regierungsübernahme demonstriert: am 4. September 1973 gab es in jeder Stadt Massenkundgebungen, 800 000 waren allein in Santiago auf der Straße. Doch Kampfbereitschaft allein reicht nicht aus, die Gegenwehr muß organisiert werden und ein Ziel haben: die endgültige Zerschlagung der Machtorgane der Unternehmer.

Dazu war die UP-Regierung mit Allende an der Spitze nicht bereit. Die UP-

völkerungsschichten. Wenn sich wie in Chile die Gesellschaft in einer ausweglosen Krise befindet, dann kann die Loyalität des Fußvolkes zu den Vorgesetzten nur durch das interne Regime der Streitkräfte erhalten werden. Beim Putsch in Chile wurde lediglich ein kleiner Teil der Truppe von den Generälen überhaupt für verlässlich gehalten.

Eine Spaltung der Streitkräfte und das massenhafte Überlaufen auf die Seite der Arbeiterbewegung setzt voraus, daß sie die Soldaten vor der Verfolgung durch die alten Machthaber schützen kann. Sie muß der alten Herrschaftsform entschlossen eine neue entgegenstellen. In Chile wäre das möglich gewesen.

Weil die UP-Regierung jedoch die Massen immer gebremst hat und vor allem weil sie glaubte, die Armee würde sie verteidigen, konnte der Militärputsch Erfolg haben. Die ArbeiterInnen verteidigten ihre Fabriken heroisch und die Armee metzelte Tausende nieder.

Unvermeidliche Niederlage?

Das Versagen der Führung, die Arbeiterbewegung für den Entscheidungskampf zu rüsten, führte zur Niederlage und zu tiefer Demoralisierung. Die ersten Jahre der Diktatur forderten Zehntausende Opfer. Gewerkschafter, Sozialisten und wer sonst den Mund aufmachte verschwanden spurlos. Die Todesschwadronen und die Folterkammern waren bis in die späten 80er Jahre eine traurige Berühmtheit Chiles.

Salvador Allende opferte im Kampf um den Regierungssitz sein Leben — im Gegensatz zu vielen anderen Führer der UP, die sich nach ihrem Versagen ins sichere Exil flüchteten und sich dort als Helden aufspielten.

Das Programm der UP enthielt viele Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus, aber Verstaatlichung allein ist kein Sozialismus. Besonders nach verstärkten faschistischen Aktivitäten und Putschversuchen 1972 hatten sich in Fabriken und auf dem Land Arbeiter- bzw. Landarbeiter-Komitees gebildet. Auf dem Land tobte schon bald nach der Regierungsübernahme ein versteckter Bürgerkrieg zwischen Terrorkommandos der Landbesitzer und Landarbeitern, die Grundbesitz besetzt hatten. Die UP-Regierung bremste die Bewegung der Landarbeiter, nahm ständig Rücksicht auf ihre bürgerlichen Bündnispartner und duldete sogar Polizeieinsätze zur Räumung besetzter Ländereien. Sie stützte sich auf den alten Staatsapparat statt auf die Selbstorganisation der Massen zu vertrauen und diese zu stärken, auch durch den Aufbau von bewaffneten Milizen. Sie verzichtete darauf, die Wirtschaftssabotage durch weitergehende Enteignung der Kapitalisten zu unterbinden, was eine Voraussetzung für eine demokratische Planung durch und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gewesen wäre.

So bereitete die UP-Regierung der Reaktion letztendlich selbst den Weg zum erfolgreichen Militärputsch.

Geert Möbius, Köln

„Das große Merkmal des Militärs von Chile ist sein Gehorsam gegenüber der zivilen Gewalt, ist sein unbeugsamer Respekt vor dem Willen des Volkes, wie es sich an den Wahlurnen ausdrückt, ist die Tatsache, daß es die Gesetze und die Verfassung von Chile immer respektiert hat und respektieren wird.“

Allende auf einer Pressekonferenz in Santiago, 5. 5. 71

der zweitgrößten Stadt, Concepción, ließ eine von ihm verbotene Gegendemo gegen einen faschistischen Aufmarsch durch Sondereinheiten der Polizei zerschlagen, ein Demonstrant starb.

Tags drauf der Kommentar des ZK-Mitgliedes Tetelboim: "Obwohl wir an der weiteren Entwicklung des revolutionären Prozesses lebhaft interessiert

Regierung war tatsächlich die einzige Kraft, die glaubte, daß sich die herrschende Klasse an die "demokratischen Spielregeln" halten würde. Selbst als schon die Panzer durch die Straßen ratterten, rief Allende dazu auf, Ruhe zu bewahren und versuchte vergeblich, telefonisch mit Pinochet Kontakt aufzunehmen.

Blut im Bluttausch

sind, halten wir seine Verwirklichung nur auf einem Wege für möglich, der jedes Blutvergießen, jedes Blutbad, jeden Kampf von Chilenen gegen Chilenen ausschließt. Wir sind gegen jede Form der Gewalt, die das Land in einen Bruderkrieg stürzen könnte." (23. 5. 72). Was jedoch die Bourgeoisie nicht daran hinderte, ihrerseits den Bürgerkrieg vorzubereiten.

Letzte Warnung

Am 29. Juni kam es zur Generalprobe: eine Panzereinheit umstellte das Regierungsgebäude, das Militär griff nach der Macht. Doch der Putsch war schlecht vorbereitet, die Regierung konnte sich noch auf loyale Einheiten stützen und vor allem die Massen reagierten mit Macht. Ein Generalstreik legte alles lahm. Alle größeren Fabriken waren besetzt, der Putschversuch wurde zurückgeschlagen.

Doch wieder rief Präsident Allende die Arbeiter auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren und an die Arbeit zurückzukehren.

Solchermaßen ermutigt, bereitete die Bourgeoisie den nächsten Schlag vor. Gemäßigte Generäle wurden abgesetzt, mittlere und untere Ränge von Sympathisanten der UP gesäubert. Die Razzien gegen Fabrikkomitees forderten bereits im Juli und August 1973 Dutzende von Todesopfern.

Vorbereitungen zum Putsch

Ein weiterer Lastwagenbesitzerstreik wurde organisiert und am 9. August 1973 wieder mit einem Generalstreik beantwortet. Offensichtlich mußte die Entscheidung im Machtkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie bald fallen.

Doch die Regierung setzte weiterhin darauf, "die Opposition nicht zu provozieren" und stimmte Tage vor dem erfolgreichen Putsch der Rückgabe besetzter Fabriken zu. Allende hoffte darauf, die Generäle zu beruhigen, indem er Guzman und Pinochet zu den ober-

Die Profitlogik erfordert, die Bevölkerung auf niedrigem Lebensstandard zu halten, was nur mit einem entsprechen ausgerichtetem Staatsapparat möglich war. Natürlich wird dieser Apparat nicht zu jedem Zeitpunkt eingesetzt, manchmal ist sozialer Friede profitabler als ständige Auseinandersetzungen. So ist der Versuch der christdemokratischen Regierung in den 60er Jahren zu sehen: Vermeidung der Revolution durch Reformen von oben. Doch der Kapitalismus erlaubte keine grundlegende Reform und so brachten die Arbeiter schließlich die UP an die Macht. Weil die Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg so stark geworden war, mußte die Bourgeoisie, einmal zum Einsatz aller Unterdrückungselemente entschlossen, den Kampf möglichst rücksichtslos und blutig gegen die Arbeiterbewegung führen.

Doch der Staatsapparat besteht nicht aus Robotern. Die Masse der einfachen Dienstgrade stammt aus der Arbeiterklasse oder anderen unterdrückten Be-

Die Rolle der USA

Für US-Konzerne war Chile äußerst profitabel. Beispiel Kupferindustrie: Die US-Gesellschaften investierten von 1922-70 3,5 Millionen Dollar und hatten gleichzeitig einen Reingewinn von 4,5 Milliarden Dollar. Dem müssen noch die Gewinne der Weiterverarbeitung durch Tochtergesellschaften hinzugezählt werden. Hinzu kommen solche "Handelsverträge" wie der von 1942-46, die den Höchstpreis für chilenisches Kupfer auf 12 Cent pro Pfund festlegten. 500 Millionen Extraprofit für US-Konzerne, da der Weltmarktpreis inzwischen auf 24 Cents gestiegen war.

Entsprechend groß war das Interesse der US-Regierung, in Chile für "geordnete Verhältnisse" zu sorgen. Das Militär war mit modernem US-Gerät ausgestattet. 1972 wurde von einem amerikanischen Journalisten Dokumente veröffentlicht, die gemeinsame Putschpläne von Konzernen, chilenischen Militärs und dem CIA belegen. Belegt wurde darin auch die große Bedeutung der Kapitalspritzen an die chilenische antikommunistische Presse.

Während der Regierungszeit der UP veranstalteten die Militärs gemeinsame Manöver, später kamen CIA-Offiziere auf Schiffe der chilenischen Marine. Mit Hilfe des CIA wurde der Geheimdienst auf Vordermann gebracht und die Säuberung von UP-Sympathisanten betrieben. Auch der Putsch dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit in den USA geplant worden sein.



Demonstration gegen das Militärregime in Santiago de Chile

um der Bourgeoisie ihr wichtigstes Sabotage- und Propagandamittel zu nehmen. Das wären die politisch günstigsten Voraussetzungen gewesen, um die Macht im Land auf die Komiteebewegung zu übertragen und den alten bürgerlichen Staatsapparat einschließlich der Streitkräfte aufzulösen. Doch die UP war durch den inneren Konflikt zwischen bürgerlichen Parteien und KP einerseits, und dem linken Flügel auf der anderen Seite gelähmt.

Die Bourgeoisie versuchte, über ihre Mehrheit im Parlament und die Kontrolle der Verwaltung die Arbeit der Regierung zu behindern und einen Keil in die Massen zu treiben, um ihre drohende totale Entmachtung zu verhindern. US-Banken setzten eine internationale Kreditsperre durch und drückten den Kupferpreis auf dem Weltmarkt, die Hauptdevisenquelle für Chile. Die chilenischen Handelskonzerne horteten Waren und trieben die Preise in die Höhe. Die Inflation stieg von 25 Prozent Anfang 1972 auf 600 Prozent im August 1973.

Wie gefährlich die Lage für die Unternehmer war, zeigte die Bewegung Anfang 1972. Millionen demonstrierten

für die Landbesitzer im schwelenden Bürgerkrieg und Razzien gegen Arbeiterkomitees, die Waffen zur Selbstverteidigung organisiert hatten.

So wurde der Sieg zu einer Niederlage. Weil inzwischen die wirtschaftlichen Probleme stark angewachsen waren, hofften die Unternehmer auf einen Wahlsieg in den Parlamentswahlen März 1973 und entfachten eine entsprechende Propagandawelle — kombiniert mit Bombenterror durch Patria y Libertad. Dennoch gewann die UP 44 Prozent — weniger als die 52 Prozent bei den Kommunalwahlen April 1971 doch viel mehr als erwartet. Das Kapital war schockiert und die Arbeiter verlangten, endlich die Macht der Konzerne und der alten Staatsbürokratie zu brechen: Fabrikbesetzungen und die Forderung nach Waffen griffen um sich. Unter Druck führte die Regierung weitere Verstaatlichungen durch.

Vor der Entscheidung

Die Bourgeoisie steuerte auf die endgültige Entscheidung zu. René Fuentelba, ein Führer der PDC: "Chile erlebt gegenwärtig die schlimmste Eskalation

Skandinavische Krise

Das einstige schwedische Modell geht den Bach runter /
Offiziell 10,9 Prozent Arbeitslosigkeit

Die skandinavischen Länder, einst Modelle sozialdemokratischer Reformpolitik, zeichnen sich heute durch ökonomische und politische Krisen aus.

Die Kämpfe zwischen den Lohnabhängigen und dem Kapital nehmen zu und gewinnen an Radikalität. Dadurch wachsen die Spannungen zwischen bürgerlich-bürokratischer Führung und der Basis der traditionellen Massenorganisationen.

Schweden

Die konservativen "moderaterna" unter Premierminister Carl Bildt kamen im Herbst 1991 an die Macht. Das aber nicht aufgrund eigener Stärke – drei bürgerliche Parteien kamen zusammen nur auf 39,9 Prozent – sondern wegen der Politik der SAP-(Sozialdemokratische Arbeiterpartei) Regierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Die SAP hatte mit 38 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit 1928.

Die Spar- und Steuerpakete der Bildt-Regierung waren schlimmer. Sie raubten Familie Svenson 250-300 DM monatlich. Zusätzlich sind zwei Urlaubstage gestrichen, Karenztage eingeführt worden, Senkungen des Arbeitslosengeldes, Kürzungen im Erziehungswesen und bei der Unterstützung alter Menschen durchgezogen worden.

Nicht alle Menschen wurden zur Kasse gebeten. Die Abgaben der Kapitalisten wurden durch die Steuerreform gesenkt, es wird mit einem fünfprozentigen Rückgang der Lohnnebenkosten gerechnet. Die gesamte Kapitalistenklasse wird um mindestens 18 Milliarden Kronen (ca. 3,5 Milliarden DM)



Proteste gegen Arbeitslosigkeit

bereichert.

Die reale Arbeitslosenrate liegt über 14 Prozent, für Schweden eine unglaublich hohe Zahl. Durch künstliche Senkungen dieser Zahl (Statistikfälschungen, ABM-ähnliche Maßnahmen . . .) wird die Quote auf 10,9 Prozent gedrückt.

Zynisch, aber leider wahr: In dieser Misere bekamen die schwedischen Banken vom Staat 8 Milliarden DM geschenkt, um ihren angeblich drohenden Zusammenbruch zu verhindern.

Angeregt durch die Kampagne von VORANS Schwesterzeitung OFFENSIV griffen viele Gewerkschaftsleitungen die Forderung nach einem gewerkschaftlichen Protest gegen die Regierung auf. Daraufhin mußte die Führung des LO (Schwedischer DGB) reagieren. Am 6. Oktober 1992 protestierten über 200 000 ArbeitnehmerInnen gegen die Sparmaßnahmen der Regierung.

Auch die Stimmung in der Jugend ist explosiv. In Malmö (Südschweden) führte OFFENSIV eine Kampagne gegen Kürzungen im Bildungsbereich. Auf zwei Demos im März in Malmö entlud sich der Frust. Nach Polizeiprovokationen gab es massiven Krawalle.

Die bürgerliche Presse diskutiert die Möglichkeit eines neuen Aufstandes wie 1968 und der Sprecher der bürgerlichen "Folkepartiet" gibt zu, daß unter

den Jugendlichen ein "Haß auf den Markt" besteht.

Die sozialdemokratische Yuppieführung sieht alles anders. Mona Sahlin, Vorstandssekretärin der SAP: "20 Jahre lang haben wir über unsere Verhältnisse gelebt." Damit machte sie die schwedische Arbeiterklasse für die Krise verantwortlich, und damit wird klar, wer sie auszubaden hat. Die SAP schlug vor, die Unternehmenssteuern um weitere 5 Prozent zu senken und die Beiträge zur Krankenversicherung zu erhöhen. Um den Anpassungskurs der Führung an die Unternehmer zu sichern, werden unliebsame Kritiker aus der Partei verbannt. Gegen OFFENSIV führte die SAP eine Hexenjagd bis zum Ausschluss.

Das nützte der SAP nichts und konnte OFFENSIV nicht stoppen: Das schwedische Wahlrecht machte es möglich, in Umea (Nordschweden) auf einer unabhängigen sozialdemokratischen Liste als marxistische Alternative zur SAP-Bürokratie zu kandidieren.

Mit über 2300 Stimmen (bei ca. 100 000 Einwohnern) kamen drei OFFENSIV-Unterstützer in den Stadtrat. 1994 kandidieren Marxisten auch für den Stadtrat von Stockholm. Der Wahlkampf hat schon begonnen.

Norwegen

In Norwegen ist die Frage der EG-Mitgliedschaft der Punkt, an dem die Polarisierung zwischen der Arbeiterklasse auf der einen und dem Kapital und der Führung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite am deutlichsten ist. Die sozialdemokratische "Arbeiderparti" boykottierte die diesjährigen 1. Mai-Feiern: Der Großteil der Forderungen richtete sich gegen die von der AP-Führung gewollte EG-Mitgliedschaft.

Die "Sosialistisk Venstre" (Sozialistische Linke) legte zu: Sie steht jetzt bei fast 20 Prozent und liegt in drei nördlichen Regionen vor der AP, die wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik bei Umfragen nur noch auf rund 30 Prozent kommt. Die SV ist die einzige linke Partei, die sich gegen die EG ausgesprochen hat. Der norwegische Gewerkschaftsverband reagierte scharf auf die Politik "seiner" AP. Heute besteht zwischen LO und AP eine große Kluft. Die LO schickte dieses Jahr sogar einen offiziellen Beobachter zum SV-Parteitag.

Ähnlich wie in Schweden macht sich Norwegens Krise an den Banken fest. Milliarden von Kronen sind zur Unterstützung der Banken verschenkt worden, die drei größten sogar verstaatlicht worden. Dies ist allerdings kein Schritt hin zum Sozialismus. Real sind nur die Verluste sozialisiert worden, kein Bankier wurde enteignet. Währenddessen sinken immer mehr Norweger in Armut und Obdachlosigkeit.

Finnland

Im November 1992 und im Mai 1993 stand Finnland am Rande eines Generalstreiks. Beide Male schreckte der Gewerkschaftsdachverband jedoch zurück. Die Gewerkschaftsführung hatte Angst, die Kontrolle über die eigene, radikalisierte Basis zu verlieren. Den Preis für diese Angst muß die finnische Arbeiterklasse bitter bezahlen.

Auslöser für die Unruhen im Frühjahr war ein Gesetzesvorschlag der bürgerlichen Regierung unter Esko Aho. Das Gesetz sah vor, daß Unternehmer Arbeitslose unterhalb des Mindestlohns einstellen können. Weiterhin will die Regierung mit einer Einschränkung des Streikrechts, Rentensenkungen, massiven Entlassungen im öffentlichen Dienst, Urlaubskürzungen, niedrigerem Kindergeld und die Ersetzung zentraler Tarifverhandlungen durch lokale Ab-

sprachen zwischen den Tarifparteien einen Angriff auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften starten.

Die Aho-Regierung ist die reaktionärste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die öffentlichen Ausgaben werden um 18 Prozent beschnitten, Schuldgeld und eine Arztgebühr werden eingeführt. Die Arbeitslosigkeit hat im August 20 Prozent überschritten. Die Angst der Gewerkschaftsfunktionäre vor der Radikalisierung der eigenen Basis ist wohl begründet. An den Protesten der Angestellten-Gewerkschaft FTFC am 17. Mai nahmen 200 000 Leute teil. Das Abblasen des Generalstreiks führte zu Wutausbrüchen gegen die Gewerkschaftsführung. Eine Arbeiterin fragte: "Wozu nützt uns die Gewerkschaft, wenn sie uns in der entscheidenden Schlacht alleine läßt? Wir brauchen doch eine Organisation, um mit denen da oben fertig zu werden!"

Holger Wulf, Lübeck

Schwindsucht der Sozialdemokratie

Europas Sozialdemokratische Parteien / Anpassungskurs an die Bürgerlichen führt zum Niedergang der Parteien

Die deutsche Sozialdemokratie in der Krise: Wahlniederlagen obwohl CDU/CSU/FDP immer mehr an Unterstützung verlieren, Engholm-Rücktritt, sinkende Mitgliedszahlen, Streitereien um Posten – Zeichen des Niedergangs.

Das ist weder zufällig noch ein deutsches Phänomen.

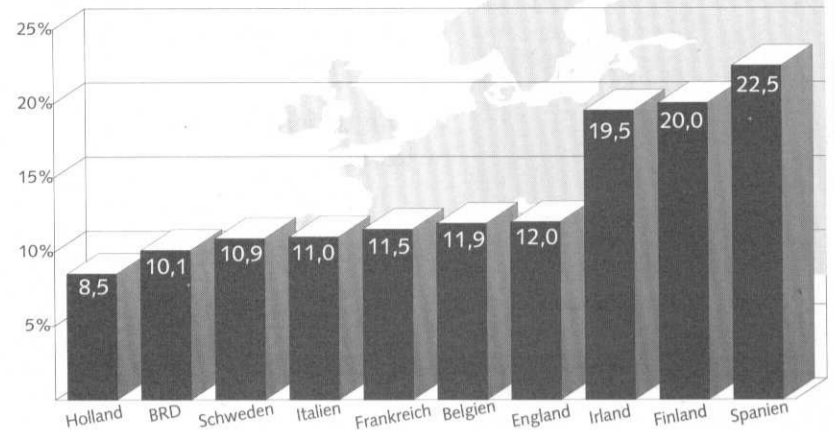
International steht die Sozialdemokratie vor ähnlichen Problemen. Während die Führungen der sozialdemokratischen Parteien immer weiter nach rechts driften, wachsen die sozialen Probleme und damit der Haß vieler ArbeiterInnen auf die Parteien, die nicht ihre Interessen vertreten.

Frankreich

In Frankreich entfernte sich die Sozialistische Partei (SP) unter Mitterrand schon lange von sozialistischen Positionen. Vom linken Programm der europäischen Sozialdemokratie, mit dem die SP 1981 die Wahl gewann, ist nichts mehr übrig geblieben.

In den letzten Jahren wurden auch die letzten Reste einer eigenen Politik aufgegeben. Die Konsequenz: Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr schaffte die rechte Koalition aus Gaullisten (RPR) und der UDF einen Erdrutschsieg und erreichte die absolute Mehrheit der Sitze.

Nach der Niederlage war die Partei am Rande des Zusammenbruchs, verschiedene Cliquen in der Führungsspitze bekämpften sich. Der Ex-Premier Berégovoy begang sogar Selbstmord. Auf dem Sonderparteitag von Lyon raufte sich die PS noch einmal zusammen, ein Zusammenbruch wurde verhindert, die Basis setzte ihre Meinung durch, daß eine sozialistische Partei gebraucht wür-



Arbeitslosigkeit in Europa steigt

Laut einem Bericht der OECD (Organisation der westlichen Industrienationen) wird die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern 1993 36 Millionen betragen – 8,5 Prozent. In Europa ist die Arbeitslosigkeit höher. 26 Millionen – 11,4 Prozent – werden es im Jahresschnitt sein. Ca. 13 Millionen tauchen nicht in der Statistik auf. Entweder, weil sie alle Hoffnung auf Arbeit verloren haben oder weil sie ein bißchen Arbeit haben, obwohl sie Vollzeit-Jobs suchen.

Absolute Spitzenreiter sind Spanien und Finnland. Vor der ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit 1974 gab es Vollbeschäftigung (2 Prozent Arbeitslosigkeit). Danach fiel die Arbeitslosigkeit selbst in den Aufschwungsphasen nicht unter 5,4 Prozent (1979). Im Aufschwung der achtziger Jahre lag die Arbeitslosenquote bei 8,3 Prozent.

Jetzt würde selbst ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent die Arbeitslosigkeit nicht mehr sinken lassen.

ziell aufgelöst und als "Volkspartei" neu gegründet. Profitiert hat davon in erster Linie die rechtsextreme, separatistische Liga Nord. Aber auch die RC (Rifondazione Comunista – Kommunistische Neugründung), eine Linksabspaltung der PDS, hatte Erfolge.

Die größere sozialdemokratische Partei Italiens, die PDS (Partei der demokratischen Linken und ehemals kommunistische Partei Italiens) konnte ebenfalls bei den Kommunalwahlen im Juni zulegen, aber sie ist durch Flügelkämpfe und Spaltung bedroht. Ihr Anpassungskurs an die Bürgerlichen und eine mögliche Teilnahme an der Regierungskoalition könnte die Situation verschärfen, das Überwechseln von Mitgliedern und Parteigliederungen zur RC ist möglich.

Italien

Nicht nur die Sozialdemokratie ist von Zersplitterung betroffen. Das gesamte politische System der kapitalistischen Länder ist in eine Krise geraten. Verfall und Korruption sind längst Alltag geworden. Der Sumpf von Betrug und Bestechung, der in der italienischen Politik aufbrach, hat zwar wegen seiner



Craxi: Nicht der einzige Sozialdemokrat, der ins Schwitzen kommt

Tiefe viel Bestürzung hervorgerufen, kam einem aber bekannt vor und erinnerte an Amigos, korrupte Verkehrsminister, Janssen, Schubladen und sonstige Badewannen. Die etablierten Parteien, die seit dem 2. Weltkrieg beinahe ununterbrochen regierenden Christdemokraten und die "Sozialisten" der PSI um Craxi brachen bei den Wahlen total ein. In keiner großen Stadt bekamen sie ihre Kandidaten auch nur bis in die Stichwahl durch. Seit dem Ausfall der Schmiergelder sind sie pleite. Die Christdemokraten haben sich jetzt offi-

ziell aufgelöst und als "Volkspartei" neu gegründet.

Profitiert hat davon in erster Linie die rechtsextreme, separatistische Liga Nord. Aber auch die RC (Rifondazione Comunista – Kommunistische Neugründung), eine Linksabspaltung der PDS, hatte Erfolge.

Die größere sozialdemokratische Partei Italiens, die PDS (Partei der demokratischen Linken und ehemals kommunistische Partei Italiens) konnte ebenfalls bei den Kommunalwahlen im Juni zulegen, aber sie ist durch Flügelkämpfe und Spaltung bedroht. Ihr Anpassungskurs an die Bürgerlichen und eine mögliche Teilnahme an der Regierungskoalition könnte die Situation verschärfen, das Überwechseln von Mitgliedern und Parteigliederungen zur RC ist möglich.

Italien zeigt, daß die Sozialdemokratie in der Krise ist, weil sie ein fester Bestandteil des gesamten korrupten Politikersystems sind.

Sie bietet keine Alternative zu den Konservativen, die mit Arbeitsplatzabbau und der Verstümmelung der sozialen Errungenschaften die Profite der Unternehmer sichern und die mit allen Methoden den gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen verhindern wollen.

Schärfere soziale Gegensätze

Die politische Krise wächst in dem Maße, in dem die Rezession tiefer wird. Auch der rassistischen Propaganda der Rechten setzen die Sozialdemokraten nichts entgegen und wie in Deutschland beteiligen sie sich sogar noch an der Sündenbock-Propaganda, die den Faschisten den Boden bereitet. Dadurch sind sie mitverantwortlich für das Wachstum rechtsextremer und faschistischer Parteien in ganz Europa.

Gerade Italien zeigt aber auch, daß Rezession und Niedergang der Sozialdemokratie nicht unbedingt den Sieg für die Rechten bedeuten. Die Erfolge der RC in Italien zeigen, daß das linke Wählerpotential allemal größer ist, wenn eine Alternative angeboten wird.

Helgard Schulze, Göttingen, Jungsozialistin

Das Massaker von Sivas

Massenbewegung gegen rechten Terror in der Türkei

Anfang Juni gingen in der Türkei Hunderttausende gegen die Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus auf die Straße. Anlaß war der Mord an 36 kritischen und linken Intellektuellen durch Fundamentalisten in Sivas. Diese hatten sich nach einem Vortrag des Schriftstellers Aziz Nesin vor dem Hotel versammelt, in dem die Besucher des Kulturfestivals "Pir Sultan Abdal" untergebracht waren. Aziz hatte die Autorität Mohammeds in Frage gestellt sich öffentlich gegen islamischen Fundamentalismus ausgesprochen. Obwohl die Menge vor dem Hotel anfang, mit Stöcken und Steinen auf die Intellektuellen loszugehen und der Kopf von Aziz verlangt wurde, hielten es alarmierte Politiker und Sicherheitskräfte nicht für nötig einzugreifen. Die Fundamentalisten, im Bündnis mit den Faschisten der "Grauen Wölfe", steckten das Hotel in Brand.

Das türkische Rostock

Der türkische Staat ließ den Massenmord geschehen. Präsident Demiel sagte am Telefon: "Übertreibt nicht, Polizei und Militär haben alles unter Kontrolle." Innenminister Gazioglu warf den Intellektuellen vor, die Fundamentalisten "provokiert" zu haben, ähnlich wie im August 1992 in Rostock, als die deutsche Polizei die Neonazis gewähren ließ und die CDU nachher den Opfern dieses Fast-Mordes die Verantwortung

zuwies. Unter den 36 Toten waren Asim Bezirci, einer der bekanntesten Literaturkritiker in der Türkei und der Musiker Hasret Gültekin, der als einer der ersten das Verbot, kurdische Lieder zu spielen, unterlaufen hatte.

Dieser Terror war nicht nur gegen die Intellektuellen gerichtet, sondern gegen die ganze Bevölkerungsgruppe der Aleviten, einer traditionell weltlich und aufgeklärt ausgerichteten Strömung des Islam. Vor dem Militärputsch 1980 hatten schon Faschisten in Sivas Pogrome gegen die Aleviten (25-30 Prozent der türkischen Bevölkerung) angezettelt.

Wenige Tage später demonstrierte in Istanbul eine halbe Million Menschen gegen das Massaker. In Ankara nahmen 400 000 an der Beerdigung der Opfer teil, in Sivas selbst fand trotz einer Ausgangssperre eine Demonstration statt. Die Demonstrationen waren ein Protest gegen den reaktionären islamischen Fundamentalismus und die Regierung. Auch in Köln und Berlin gab es Demonstrationen. In Köln nahmen 40 000 Leute teil, mit Parolen wie "In Sivas die islamischen Reaktionäre, in Deutschland die Skinheads". Diese Parole zeigt, was für eine Rolle der islamische Fundamentalismus spielt. Ähnlich wie durch Rassismus wird versucht, die Bevölkerung zu spalten und Sündenböcke für soziale Probleme zu finden. Der türkische Staat nutzt trotz seiner demokratisch-modernen Selbstdarstellung die mittelalterlich-reaktionären Kräfte zum



Die türkische Armee hält Wache, nachdem in Sivas das Massaker geschehen ist. Bei Einsätzen gegen die Kurden ist sie weniger zimperlich.

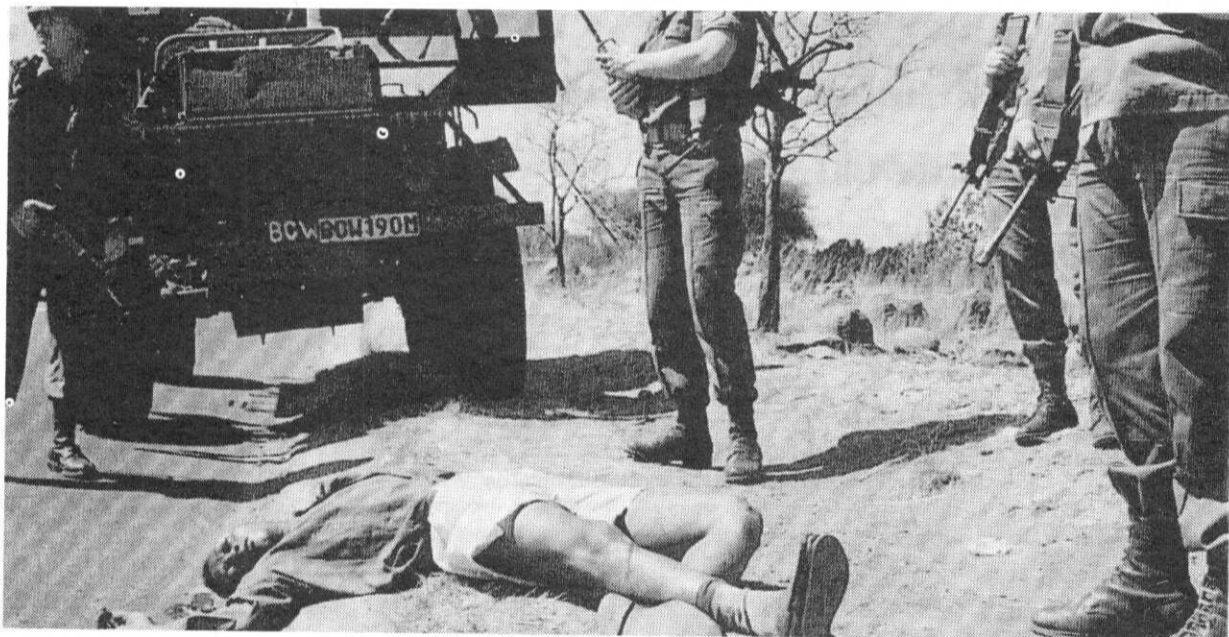
Kampf gegen die Linke und die Arbeiterbewegung.

Breite Mobilisierung

Bei den Demonstrationen verhielt sich die Polizei ruhig, etwas sehr Ungeöhnliches in der Türkei. Das lag an der großen Zahl von Demoteilnehmern. Demonstrationen, die sich gegen den Staat richten, werden oftmals brutal zusammengeknüpelt. Niemand hatte mit einem so großen antifundamentalistischen

Potential gerechnet. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten haben nicht an den Demos teilgenommen. Die Proteste waren zum großen Teil spontan, Organisationen waren wenig vertreten. Breite Bevölkerungsschichten, von westlich orientierten Intellektuellen bis zu den Massen der Slumbewohner und der Arbeiter von Kleinbetrieben mit selbstgemalten Transparenten, waren vertreten.

Daniela Heipel, Kassel



Die Reaktionäre in Südafrika verschärfen ihren Terror

Bürgerkrieg in Südafrika?

Immer mehr politische Massaker im „neuen Südafrika“/Bündnis der Inkatha mit weißen Faschisten

Im Juli sind 600 Menschen dem mörderischen Krieg der reaktionären Inkatha zum Opfer gefallen. Inkatha ist eine schwarze Terrororganisation gegen die Arbeiterbewegung. Letztes Jahr hat die liberale Zeitung *Weekly Mail* Beweise dafür gefunden, daß der Staat Inkatha-Leute ausbildet und finanziert. Für Township-Aktivisten ist das nichts Neues: Bei Überfällen von Inkatha-Banden deckt die Polizei oft deren Vorgehen und bei Razzien nach Waffen werden stets ANC-Gruppen ausgehoben und nicht die bekannten Hochburgen der Inkatha.

Inkatha hat ihren Feldzug öffentlich angekündigt. Auf einer öffentlichen Versammlung in Durban, Provinz Natal, rühmte sich das Vorstandsmitglied Albert Mncwango, ein spezielles Regiment aufgestellt zu haben und sagte: "Das Inala-Regiment ist zum Krieg bereit. Ich warte auf Signale vom König

und Buthelezi. Die Regierung und der ANC sollen wissen, daß wir, falls sie unsere Forderungen zurückweisen, bereit sind, diesen Schritt zu tun. Ein erster Krieg kommt, in dem niemand schlafen wird. Der Krieg wird nicht nur in Natal konzentriert sein... Der Krieg wird sich auf das ganze Land ausdehnen. Der aufregende Moment steht unmittelbar bevor." Die Inala-Truppe hätte bereits "paramilitärisches Training" erhalten. "Manche unserer Mitglieder sind in der SADF (Armee), KwaZulu Police und der SAP (South African Police).

Der Staat braucht Inkatha

Die Arbeiterbewegung im ANC und im Gewerkschaftsverband COSATU hat eine Stärke erreicht, die durch militärische Unterdrückung nicht mehr zu zerstören ist. Daher hat die Regierung in den letzten Jahren versucht, die Bewe-

gung einzubinden, ohne ihr entscheidende Macht zu übertragen. Schlüsselfrage dabei ist die neue Verfassung. Sie soll nicht etwa von einer demokratisch gewählten Volksversammlung ausgearbeitet werden, sondern von einem "Experten"-Gremium aller Parteien mit paritätischer Vertretung unabhängig von ihrer Unterstützung in der Bevölkerung. So hat die Arbeiterbewegung keine Mehrheit.

Der Kapitalismus in Südafrika kann sich zu große Macht für die Arbeiterorganisationen nicht leisten, da die Produktion für den Weltmarkt von den Billiglöhnen des Apartheidsystems abhängt. Daher wächst auch der Flügel der Herrschenden, der in der Regierungspolitik eine Gefahr sieht und zur militärischen Unterdrückung zurückkehren will. Dabei könnte Inkatha eine wichtige Rolle spielen: "Buthelezi (Inkathachef) ist die RENAMO-Option der wei-

Ben Rechten (RENAMO: rechte Guerilla-Truppe in Mozambique) – so wie sie es bereits vorher in Mosambique oder mit Savimbi in Angola getan hat." – so ein Abgeordneter der Demokratischen Partei. Victor Kheswa, ein als "das Monster von Vaal" bekannter Inkathaführer, wurde nach Massakern im Juni verhaftet. Dabei stellte sich heraus, daß er ein Mitglied der faschistischen "World Preservatist Movement" mit Verbindungen zur weißen Nazi-Organisation AWB (Afrikaanse Weerstandsbeweging) ist.

ANC in die Offensive

Schon der jetzige Feldzug der Inkatha könnte ein Ziel erreichen: Die Verschiebung der für April 1994 angesetzten Wahlen wurde von der Regierung bereits angedroht. Auch wenn er noch nicht offen von der Regierung geführt wird und diese weiterhin auf die Mischung von Zugeständnissen und Unterdrückung setzt, hat der Bürgerkrieg in den Townships schon begonnen. Doch der ganze Inkatha-Terror könnte schnell zuende sein, wenn die ANC-Führung ihre Anhänger bewaffnen und eine politische Offensive gegen die Inkatha-Politik führen würde. Denn Inkatha hat nur eine geringe Unterstützung, hauptsächlich in unteren Schichten der Wanderarbeiter. Doch bisher ruft die ANC-Führung unter Nelson Mandela zur Versöhnung mit Inkatha auf. Dadurch werden die Reaktionäre jedoch nicht besänftigt. Die Arbeiterbewegung wird dadurch den Angriffen der Terroristen ausgeliefert. Doch zum Glück hört die Basis nicht bedingungslos auf Mandela. Viele Aktivisten in den Townships organisieren Selbstverteidigung gegen den Terror.

Geert Möbius Köln

Unterstützt die Kampagne "Freiheit für politische Gefangene in Südafrika" – Nkululeko!
c/o Geert Möbius, Rothenberger Str. 17, 51103 Köln. Spenden unter Stichwort "Gefangene in Südafrika" an Geert Möbius, Kto.-Nr. 6404 68-208, PGA Hamburg, BLZ 200 100 20



Nigeria: Generalstreik

In der zweiten August-Woche legte ein Generalstreik den Westen Nigerias, des bevölkerungsreichsten Land Afrikas, lahm. Mit diesem Streik, der in den Großstädten vollständig befolgt wurde, demonstrierte die Bevölkerung für den Rücktritt von Militärdiktator Babangida. Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs hatte Babangida im Juni Wahlen durchführen lassen, um den Massen für ihre Unzufriedenheit ein Ventil zu bieten. Danach versuchte Babangida mit Tricks, den Amtsantritt eines zivilen Präsidenten zu verhindern.

Mit der Entschlossenheit der arbeitenden Bevölkerung, ein Ende der Diktatur durchzusetzen, hatten die Militärs nicht gerechnet. Der Widerstand wird von Menschenrechtsgruppen und einzelnen Gewerkschaften organisiert. Der Gewerkschaftsdachverband (NLC) hatte nicht zum Streik aufgerufen. Der Sturz der Diktatur wäre ein großer Erfolg. Doch die bürgerlichen Oppositionspolitiker bieten keinen Ausweg aus dem Niedergang Nigerias. Die Arbeiterbewegung des relativ stark industrialisierten Landes, die potentiell mächtigen Gewerkschaften, müssen die Führung übernehmen. Eine Arbeiterpartei muß aufgebaut werden.

Bosnien: Leere Drohungen

Das zynische Trauerspiel geht weiter. Nach den leeren Drohungen der NATO, serbische Stellungen zu bombardieren, ist der "Frieden" wieder einen Schritt näher gerückt. Die serbischen Einheiten ziehen sich von den Stellungen auf den Bergen Sarajewos zurück. Sarajewo soll unter UNO-Aufsicht stehen, im Klartext: in ein Flüchtlingslager verwandelt werden. Die kroatischen und die serbischen Kriegsherren haben mit Duldung der UNO Bosnien-Hezegowina kleinbekommen. Auch die bosnischen Führer werden ihre Niederlage akzeptieren.

Es bleibt zu hoffen, daß die Kriegsherren Tudjman von Kroatien und Milosovic von Serbien ihre Beute nicht lange genießen können. Gute Nachrichten: In Kroatien wächst die Unzufriedenheit mit der nationalistischen Regierung Tudjmans. In Serbien wächst die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die wegen der Inflation und Verarmung mit Generalstreik droht.

Brasilien: Staatliche Kindermörder

Ein Massaker an sieben Straßenkindern hat Brasilien aufgeschreckt. Nicht, daß der Mord an Straßenkindern irgend etwas Besonderes wäre, aber diesmal war es zu brutal, es waren zu viele Kinder und es war zu klar, daß die Täter Polizisten waren. Die Straßenkinder waren tags zuvor von der Militärpolizei verhaftet und mit der Androhung ihrer baldigen Ermordung freigelassen worden.

Angehörige der Polizei führen als bezahlte Killer den Krieg gegen die Straßenkinder. Auftraggeber sind Geschäftsleute, die sich von den Kindern belästigt fühlen, wenn diese vor den Geschäften schlafen. Ein 1988 verabschiedetes Gesetz verbietet es, Kinder von der Straße weg zu verhaften und in Heime oder Gefängnisse zu stecken. Die Mordkampagne ist die Methode der Reichen, gegen dieses unliebsame Gesetz zu kämpfen. Was nicht so schön aussieht, wie sich die Touristen Rio vorstellen und die reichen Brasilianer es haben wollen, kommt auf den Abfall.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

„Faschistoide Methoden in deutscher Psychiatrie“

Liebe Genossinnen und Genossen

Als ich unlängst mal wieder Gelegenheit hatte, mich im LKH Düren zu tummeln, widerfuhr mir gar Seltsames, und zwar schon beim Aufnahmegespräch.

Anstatt der – im Befehlston ausgesprochenen – Anweisungen des Aufnahmearztes („Setzen sie sich auf diesen Stuhl“ – eine rücksichtslose und nicht einfühlsame Art der persönlichen Befragung) Folge zu leisten, blieb ich sitzen, wo ich gerade saß, auf einem Stuhl in der hintersten Ecke des Raumes und zeigte auf seine Verhörmethoden keine Reaktion, gab z. B. keine Antworten usw. Verärgert und irritiert begab sich unser „Seelenklemmer“ nun daran, Notizen zu machen, weiterhin, ohne mir ins Gesicht zu sehen, bis er schließlich, wegen meiner Respektlosigkeit ihm gegenüber begann, mich verbal zu attackieren. „Wenn ich nicht wüßte, daß sie Patient sind, würde ich ihnen jetzt etwas sagen, was ich besser nicht täte.“ End-

lich entdeckte er den Bleistift in meiner Hand, den ich gezückt hatte, um mir meinerseits Notizen über die Situation zu machen. Er hielt den Bleistift zunächst für eine glimmende Zigarette, bis er schließlich von mir auf seine Kurzsichtigkeit aufmerksam gemacht wurde. Das brachte für ihn das Faß zum Überlaufen. Flugs wurden Pfleger telefonisch herbeigeordert, die mich dann zu viert an den Haaren über den Boden schleifend aus dem Aufnahmebüro zur Station beförderten. Dort wurde ich ans Bett gefesselt – „fixiert“. Und daß, obwohl ich während der Aktion nicht den geringsten Widerstand geleistet hatte. Abspritzen. Im Psychopharmaka-Delirium noch wurde ich von einem Richter vernommen, der mir ein Psych-KG (Zwangseinweisung) aufbrummte – und das, obwohl ich aus freien Stücken zur medizinischen Behandlung nach Düren gekommen war.

Norbert Lütz, Aachen



VORAN-Seminar NRW 11./12. September in Aachen

Situation in der „3. Welt“ und Rolle des Imperialismus

- Die „3. Welt“ im Würgegriff des IWF
- Neo-Kolonialismus: Die Rolle der UNO am Beispiel Somalia
- Einsatz der Bundeswehr in aller Welt
- Die koloniale Revolution nach dem Zusammenbruch des Stalinismus

Faschismus und Kapitalismus

- Was wollen die Faschisten und wem nützen sie?
- Faschismus 20/30er Jahre und heute
- Wie kann der Faschismus besiegt werden?

Sozialismus und Rätedemokratie

- Was ist Sozialismus?
- Marktwirtschaft und demokratische Planwirtschaft
- Warum gab es keinen Sozialismus in den Ostblockstaaten?
- Egoismus der Menschen – scheitert daran die Rätedemokratie?

Kampf für den Sozialismus

- Die Rolle des Reformismus
- Wie kann eine marxistische Alternative aufgebaut werden?

Was will VORAN?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der „3. Welt“ bei gleichzeitiger Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staats Eigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer

echten Arbeiterdemokratie eingeteten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit entfernt vom Leben der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und alle hauptamtlichen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als ein durchschnittlicher Facharbeiter und daß sie der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern auf den restlichen Kontinenten vertreten ist.

Kampffonds Spätsommeroffensive

Das Bedürfnis nach Urlaub von den Angriffen der Regierung und Arbeitgebern ist verständlich – angesichts der Kürzungspläne und Entlassungen. Leider hat der Sommer in unseren Kassen ein tiefes Loch hinterlassen, was schnellstens gestopft werden muß.

Weil die Angriffe den Managern moralisch schwerfallen, müssen sie sich mit weiter wachsenden Gehältern trösten: Die 10 Topmanager des Bertelsmann-Konzerns erhielten 1991/92 zusammen 27,3 Millionen DM! Der Ge-

winn vom Waschmittelhersteller Henkel sank zwar um 10 Prozent, die 9 Vorständler erhielten eine 13prozentige Steigerung, zusammen schlappe 13,6 Millionen DM.

Notgedrungen gibts allerorts neue Proteste: So findet z.B. in Köln eine Aktionswoche gegen die städtischen Sozialkürzungen statt. Die Faschisten sind ebenfalls aktiv: Mit Blick auf die Wahlen versuchen sie verstärkt Veranstaltungen durchzuführen. Beim Kampf gegen Nazis dürfen wir nicht fehlen! So

gibt's genug Gelegenheit zum Verkauf von Buttons, T-Shirts und anderem Kampffonds-Material.

Sehr erfolgreich können auch Unterschriftenlisten zum Spendensammeln eingesetzt werden. Ein VORAN-Unterstützer sammelte mit einer Liste gegen Rassismus in Lübeck in einer halben Stunde 20 DM. Bei Infoständen in Aachen zum Thema Somalia erbrachten die Unterschriftenlisten jeweils zwischen 30 und 60 DM.

Kasseler VORAN-Unterstützer erzielten beim ersten Bischofferoder Aktionstag neben den Spenden für die Kumpel 131 DM für den Kampffonds. Ein Kampffonds-Essen in Bremerhaven ergab 80 DM. Überweist dringend Eure Spenden und Kampffondserlöse!

Fiz Garvie, Redaktion

3. Quartal 1993		Erreicht: 4.604 DM		Ziel: 25.400 DM	
Bundesland	Erreicht	% des Ziels erreicht		Ziel	
Schleswig-Holstein	79	16%			500
Bremen	0	0%			1000
Mecklenburg-Vorpommern	125	10%			1200
Niedersachsen	0	0%			700
Berlin	350	11%			3100
Nordrhein-Westfalen	1526		50%		7350
Hessen	1077		22%		6400
Baden-Württemberg	1226			55%	4800
Sonstiges	226			65%	350
Gesamt	4.400	18%			25.400

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine VORAN Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

VORAN

Bitte ausschneiden und einsenden an → VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln



Ich möchte ...

- VORAN abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich noch __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung

Bischofferode ist überall



Kali-Kumpel gegen ein Bündnis von Regierung, Kapital und IG-Bergbau-Chefs

Seit dem 7. 4. 1993 hält die Belegschaft das Kali-Werk Bischofferode bei laufender Produktion besetzt. Sie verwehrte den Managern der Mitteldeutschen Kali AG (MdK), die den Betrieb stilllegen wollen, den Zutritt. Seit 1. 7. befinden sich KollegInnen im Hungerstreik. Ihr Ziel ist der Erhalt des Kaliwerkes mit seinen noch 700 Arbeitsplätzen. 1200 wurden in den letzten 2 Jahren bereits entlassen. Bischofferode steht damit stellvertretend für viele Betriebe. Das Werk gehört zu dem Drittel der Firmen, das selbst die Treuhand einst als sanierungsfähig eingestuft hatte. Trotzdem soll Bischofferode dichtgemacht werden. Grund: der BASF-Konzern will lästige Konkurrenz loswerden.

Fusionsvertrag

Freier Wettbewerb heißt Ausschaltung der Konkurrenz mit allen Mitteln. Im Fall von Bischofferode handeln Treuhand und Bundesregierung als verlängertes Arm von BASF. Sofort nach der deutschen Vereinigung verhängte die Treuhand ein Verkaufsverbot für Bischofferoder Kali in Westdeutschland. Der vor der Öffentlichkeit und vor allem

den Bischofferoder ArbeiterInnen geheimerhaltene Fusionsvertrag zwischen dem Treuhandbetrieb MdK und der BASF-Tochter Kali + Salz garantiert den West-Kali-Betrieben ihren Absatzmarkt durch Ausschaltung der ostdeutschen Konkurrenz. Die Einzelheiten sind nicht bekannt: weder der Betriebsrat von Bischofferode, noch der Bundestagstreuhandausschuss, der mehrheitlich für die Fusion stimmte, kennen das Vertragswerk.

Wirtschaftsminister Rexrodt untersagte dem Kartellamt eine Prüfung des Fusionsvertrages. Für diese Arbeitsplatzvernichtung bezahlt der Steuerzahler. Von jetzt 11 100 Beschäftigten im Kalibergbau sollen nur noch 7500 übrigbleiben. Das Gros des Abbaus soll in Thüringen stattfinden. Aber auch im Westen werden Arbeitsplätze vernichtet.

Dafür hat die BASF, die 1992 zu den 10 gewinnträchtigsten Konzernen der BRD gehörte, die Garantie, daß der Staat bis 1997 90 Prozent der Verluste der Fusionsgesellschaft übernimmt – "unabhängig von der Ursache". Und Konzerne wie BASF haben Erfahrung, mit buchhalterischen Tricks Verluste

auszuweisen.

Die Kali-Kumpel haben enorm viel erreicht. Sie haben Politikern, Treuhand- und Konzernchefs einen Schrecken eingejagt. Sie haben allen Belegschaften gezeigt, daß es sich lohnt zu kämpfen.

Solidaritätswelle

Die Kali-ArbeiterInnen werden von einer beispiellosen Solidarisierungswelle unterstützt. Über 10 000 Solidaritäts-Adressen aus Deutschland, aber auch

aus dem europäischen Ausland und Übersee haben sie bisher erhalten. Über 300 000 Mark Spendengelder sind bisher eingegangen. Bei dem internationalen Aktionstag am 1. 8. 93 waren 12 000 da, am 21. 8. kamen ca. 4000.

Wenn 700 Kolleginnen und Kollegen einen solchen Druck erzeugen können, was wäre möglich, wenn die Gewerkschaftsführung die Kampfkraft der 11 Millionen Mitglieder gegen Arbeitsplatzabbau, sozialen Kahlschlag und die Angriffe von Unternehmern und Kohl-Regierung mobilisieren würde?

Für den weiteren Kampf schlagen wir vor:

- Aussperrung der Treuhandmanager und Fortführung der Produktion unter eigener Regie in allen Thüringer Betrieben, die im Aktionskomitee zusammengeschlossen sind
- 1-tägiger Solidaritätsstreik in ganz Ostdeutschland zur Unterstützung des Kampfes in Bischofferode und gegen Arbeitsplatzvernichtung überall
- Herantreten an Belegschaften in Ost und West, Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsgliederungen, mit dem Ziel über den Kampf in Bischofferode zu informieren und Unterstützung zu bekommen, Kampfmaßnahmen in anderen von Entlassungen bedrohten Betrieben zu organisieren und Druck auf die Führung der Gewerkschaften zu erzeugen, den Widerstand zusammenzufassen



Bei einem Protest in Erfurt haben Kaliarbeiter Polizeiprovokateure entdeckt, die Krawall machen wollten, und schmeißen sie aus ihrer Demo.

Arbeiterkontrolle!

Einzelprivatisierung ist keine Lösung

Nach den Werksferien hatte die Geschäftsleitung der Mitteldeutschen Kali ein Ultimatum gestellt. Die Besetzung sollte beendet, die Produktion nicht wieder angefahren werden. Das hätte aus technischen Gründen das Ende des Werkes bedeutet. Das war gewiß nicht der letzte Sabotage-Versuch.

Es ist an der Zeit, die Werkstorbesetzung auszudehnen und die Produktion unter eigener Regie weiterzuführen. Nur wenn die Beschäftigten selbst über die "Unternehmenspolitik" entscheiden, ist sichergestellt, daß diese auch im Interesse der Beschäftigten sein wird. Eine Einzelprivatisierung durch den Unternehmer Peine, auf die die Kumpel bisher ihre Hoffnung setzten, macht die Arbeitsplätze nicht sicherer. Niemand garantiert den Arbeitern und Menschen von Bischofferode, daß Peine nach einer Einzelprivatisierung nicht einen Deal mit der BASF oder sonstwem macht.

Staatliche Gelder erkämpfen

Statt Einzelprivatisierung muß das Kaliwerk in Bischofferode (und alle anderen Staatsbetriebe) in öffentlichem Eigentum verbleiben. Statt bürokratischer Betriebsleitung wie in der früheren DDR oder in westlichen Staatsbetrieben treten wir für die demokratische Kontrolle und Verwaltung des Betriebes ein. Eine neue Betriebsleitung könnte aus gewählten Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und dem Staat als "Eigentümer" zusammengesetzt sein. Sie müßte der Belegschaft rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar sein. Ihre Mitglieder dürften nicht mehr

verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Öffentliche Gelder für notwendige Investitionen müssen vom Staat eingefordert werden. Es ist nicht einzusehen, daß Treuhand- bzw. Staatsgelder für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit oder für die Steigerung der Profite von BASF verschwendet werden.

Ein privates Kaliwerk in Bischofferode könnte dem Druck von Konzernen wie BASF kaum standhalten. Die Märkte für Kali sind aufgeteilt und werden von multinationalen Konzernen beherrscht.

Ein Werk unter der Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter wäre in einer kapitalistischen Gesellschaft denselben Bedingungen ausgesetzt. Die Ausgangsposition für einen Kampf um dauerhafte Arbeitsplätze, denn ein solcher ist notwendig, wäre aber weitaus besser. Ein demokratisch verwalteter Betrieb würde weiter auf die Solidarität von Belegschaften in ganz Deutschland und im Ausland zählen können. Mögliche Boykottversuche durch andere Unternehmen könnten so bekämpft werden. Vor allem aber würde das zum Vorbild für Arbeitskämpfe in Ost und West werden.

Wir rufen die KollegInnen in Bischofferode auf: Nutzt die Chance, das Werk in Eure eigenen Hände zu nehmen! Nur so könnt ihr weiterhin entscheiden, was mit Euren Arbeitsplätzen und Eurem Werk geschieht. Gebt diese Macht nicht in die Hände eines Herrn Peine, der doch nur seinen eigenen Profit erzielen will und Euch fallen lassen wird wie eine heiße Kartoffel, wenn die Zeit dazu gekommen ist.

Aktion von unten

Kämpferische Gewerkschaftsopposition gegen Kohlsche Angriffe notwendig

"Treuhand und Regierung wollen den Unruheherd Bischofferode austreten, eheer sich richtig ausbreiten kann.", so die Ostdeutsche Betriebsratsinitiative in ihrem Solidaritätsaufruf. In Thüringen hat sich ein Aktionskomitee von Betriebsräten gebildet, das die Proteste verschiedener Belegschaften zusammenfassen will.

Für viele ArbeiterInnen vor allem im Osten, aber auch für Westler ist Bischofferode ein Hoffnungsschimmer. Viele Kämpfe endeten bisher mit faulen Kompromissen, unterm Strich wurden immer wieder Arbeitsplätze vernichtet. Die Vorstände der Gewerkschaften haben sich trotz aller kämpferischen Worte in Ost und West auf den Arbeitsplatzabbau eingelassen.

Beispiel Thüringen: Entlassungen haben nicht die übriggebliebenen Jobs gesichert, wie behauptet wurde, sondern weiteren Abbau nach sich gezogen. Dreiviertel der thüringischen Industrie-Arbeitsplätze sind seit dem Fall der Mauer vernichtet worden.

Betriebsräte-Konferenz

Die Führung der IG Bergbau und Energie unter ihrem Chef Berger vertritt im Bündnis mit der IG Chemie-Führung die Interessen der BASF-Konzernherren. Sie versuchen, Ost gegen West auszuspielen. In der "Sozialpartnerschaft" mit den Bossen haben sich diese Herren gut eingerichtet.

So von ihrer Gewerkschaft alleine gelassen, konnten die Bischofferoder Kali-ArbeiterInnen nur noch die Flucht nach vorne antreten und an die Basis der anderen DGB-Gewerkschaften appellieren.

Am 1. August fand in Bischofferode eine Konferenz von 150 Betriebsräten statt. Es waren ostdeutsche Vertreter der IG Metall, der IG Medien, der HBV sowie Abordnungen von West-Betrieben – z. B. aus Stahlwerken – anwesend. Die KollegInnen forderten den Rücktritt des IG Bergbau-Vorsitzenden Berger und die Offenlegung des Kali-Fusionsvertrages. Weiterhin riefen sie zu Aktionen in Thüringen und bundesweit zur Gründung von Betriebsrats-

und Gewerkschaftsinitiativen auf.

Die Führungen z. B. der IG Metall und der ÖTV haben nicht offen gegen die Kollegen gearbeitet. Aber durch ihre Rückzugs-Politik in den Tarifrunden und bei Betriebseschließungen konnten Regierung und Kapital Lohnkürzungen und Arbeitsplatzvernichtung durchsetzen.

Gewerkschaftsführung

Viele KollegInnen können sich nicht vorstellen, wie sie sich mit einer kampfunwilligen Führung gegen die Angriffe verteidigen können. Zusammenhänge an der Basis, die die Unzufriedenheit zusammenfassen könnten, Initiativen ergreifen und so Druck auf die Führung ausüben könnten, existieren bisher kaum.

Die Initiative der Ostdeutschen Betriebsräte und des Thüringer Aktionsbündnisses ist ein wichtiger Ansatz dazu. Bundesweit könnten sich über die Solidaritäts-Arbeit mit Bischofferode Basisaktivisten zusammenschließen und den Gewerkschaften Dampf machen. Die vom DGB angekündigten Aktionen gegen die angedrohten Karenztage könnten so von symbolischen Protesten in eine Bewegung gegen die Kohlsche Unternehmerpolitik umgewandelt werden.

Opposition

Wir brauchen Gewerkschaftsführungen, die konsequent unsere Interessen vertreten und nicht vor der Propaganda vom "Standort Deutschland" einknicken. Die jetzigen Führer dies nicht leisten, muß von unten ein Alternative aufgebaut werden.

Wir treten dafür ein, daß sich die Aktivisten in einer kämpferischen, linken Gewerkschaftsopposition zusammenschließen und in den Gewerkschaften für ein Programm kämpfen, in dessen Mittelpunkt stehen muß:

- Kampf um jeden Arbeitsplatz
- Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Verteidigung der Reallöhne

in Kassel ...

Nach einer Veranstaltung mit Kali-Kumpeln wurden Aktionen organisiert. Das Solidaritätskomitee für Bischofferode will die gemeinsamen Interessen der Thüringer und Kasseler Kollegen aufzeigen. Kassel ist der Sitz der "Kali + Salz AG". Deren Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten eine "Pflichtkundgebung" der Beschäftigten organisiert, um gegen den Kampf der Bischofferoder und damit für Arbeitsplatzabbau zu demonstrieren. Wir verteilten Flugblätter zur Unterstützung der Kali-Kumpel. Zahlreiche offene Diskussionen zeigten, daß viele Kollegen nicht ahnten, daß sie von Betriebsrat und Geschäftsleitung zum Instrument der Spaltungspolitik gemacht wurden. Wir haben Kontakt zu zahlreichen Gewerkschaften, die lokale IG Medien unterstützt das Komitee, die HBV hilft bei der Finanzierung von Bussen nach Bischofferode. Dadurch, daß unsere Aktion am Standort von "Kali + Salz" stattfand, wurde in vielen Tageszeitungen und im Fernsehen deutlich, daß die Solidarität von Beschäftigten und Gewerkschaftern bis vor die Tore der Bosse – und dahinter – reicht.

„Das hat eine gewaltige Wirkung auch auf Betriebe im Westen. Wenn der SPIEGEL nächstens aus Rationalisierungsgründen zehn Mann entläßt, werden die auch in Hungerstreik gehen. Wie will man dann in Deutschland noch Veränderungen bei den Arbeitsplätzen durchsetzen?“

So der Treuhand-Vorstand Klaus Schucht in einem SPIEGEL-Interview auf die Frage, ob er die Vorbildfunktion von Bischofferode fürchte

... und Köln

130 Leute besuchten eine Solidaritäts-Veranstaltung für die Bischofferoder KollegInnen. Organisatoren waren die "Initiative Kölner GewerkschafterInnen für Frieden, gegen Aufrüstung und Sozialabbau" und des Bischofferode-Komitee, das als erstes Soli-Komitee im Bundesgebiet von Unterstützern unserer Zeitung gegründet wurde.

Zwei Kali-Kollegen, Lothar Wedekind, und Betriebsrat Gisbert Sommerfeld berichteten über den Kampf. Die Anwesenden waren beeindruckt vom Durchhaltewillen der Kaliwerker und sahen dies als Ansatz für einen bundesweiten Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dies schlug sich auch in der Spendensammlung nieder, die über 1800 DM einbrachte. Diskussionen gab es darüber, mit welchen Konzepten man die Arbeitsplätze verteidigen kann. Einige waren sich die Teilnehmer, daß die Gewerkschaftsbasis verdammt viel Druck auf die Vorstände ausüben muß, bevor diese die Gegenwehr organisieren. Am Ende trugen sich 51 Interessenten in die Listen für weitere Aktionen des Komitees in Köln ein.

Am Nachmittag hatten die beiden Kollegen vor einer Vertrauensleute-Versammlung der Chemischen Fabrik (CFK) in Köln-Kalk über ihren Kampf berichtet. Die CFK ist eine Tochter der Kali + Salz, die Fabrik wird zum Jahresende geschlossen. Alle Vorschläge aus der Belegschaft für andere Produkte waren beim BASF-Vorstand abgelehnt worden. Zwar haben die Beschäftigten durch Warnstreiks einen relativ guten Sozialplan erkämpft. Doch Vertrauenskörperleiter Manfred Neugroda warf in Anbetracht des Bischofferoder Kampfes die Frage auf, ob man nicht vielleicht mehr hätte versuchen müssen.



Bundeswehr raus aus Somalia!

Friedliche Bilder aus Somalia. Deutsche Soldaten in Belet Uen plaudern mit der Bevölkerung, bauen Wasserleitungen, behandeln Kranke. Kein Bundeswehr-Soldat hat bisher scharf geschossen. "Unsere Jungs" sind nur gelangweilt und frustriert. Abends im Zelt kommt Landser-Heimweh auf, TV-Reporter sind sichtlich gerührt.

Doch der Auftrag der Bundeswehr in Somalia ist die logistische Unterstützung anderer UN-Einheiten. Die BW ist Teil der Strategie der UNO. Der Einsatz ist keine freundliche Hilfe für die Bevölkerung. Die UNO ist eine Kriegspartei in Somalia, sie führt einen Kolonialkrieg zur Kontrolle des Landes. Die Hilfsorganisationen beschwerten sich, daß die Militärs ihre Arbeit fast unmöglich machen.

Die Legende von den Rettern

Im Vorfeld des militärischen UN-Eingreifens in Somalia wurde die Lage als total verzweifelt dargestellt. Millionen wären vom Hunger bedroht, die Hilfsgüter würden von bewaffneten Banden gestohlen, die Clans sich untereinander bekriegen. In Wirklichkeit war die schlimmste Zeit des Bürgerkrieges in den Jahren 1988-91, die Kämpfe zwischen den Clans waren im Herbst 1992 abgeflaut, die Hungersnot wurde weniger schlimm. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen wurden nur 2-10 Prozent der Hilfslieferungen gestohlen. Der Westen hatte sich bis zum militärischen Eingreifen wenig angestrengt, um den Somalis zu helfen. Anfang 1992 hatte die USA die Lieferung von 146 000 t Nahrungsmittel versprochen, bis Oktober des Jahres wurden nur 300 t geliefert.

Die humanitäre Hilfe diente zur Rechtfertigung für den USA/UNO-Einmarsch. Die Truppen sind zur Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der westlichen Konzerne in Somalia. Zur Eindämmung des islamischen Fundamentalismus will der Westen die Kontrolle über das Horn von Afrika. Außerdem hatte der ehemalige Diktator Somalias, Siad Barre, noch vor seinem Sturz 1991 Öl- und Erdgasförderkonzessionen für zwei Drittel des Staatsgebietes an die US-Konzerne Conoco, Amoco, Chevron und Phillips ver-



Die USA reagieren mit "Rambomethoden" (Zitat Oberst Helmut Harf, Kommandeur der deutschen Truppe in Somalia)

geben. Der Einsatz in Somalia ist ein imperialistischer Einsatz wie der Krieg gegen den Irak.

Wackliges Gleichgewicht

Nach dem Einmarsch versuchte die UNO die "politische Lösung" durchzusetzen. Darunter verstehen UNO und USA jedoch nicht die Einbeziehung der Masse der Bevölkerung. Sie verhandelten mit den Clanchefs und spielten diese gegeneinander aus, um ein Gleichgewicht zu schaffen. Auf der Grundlage der bewaffneten Banden, die sich gegenseitig in Schach halten, wollten die Besatzungstruppen die "Normalität" durchsetzen, die Somalia zu einem Wachtposten des Westens und zu einem profitablen Ölfördergebiet macht.

Doch der Warlord Farah Aidid, Sieger im Bürgerkrieg und Herrscher über Mogadischu-Süd, war zu mächtig geworden. UN-Truppen unterstützen daraufhin Aidids Rivalen Morgan und ermöglichen ihm die Eroberung der Stadt Kismaju. Aidid begann eine Propagandakampagne gegen die UNO. Die Besatzungstruppen verschärften ihr Vorge-

hen gegen die somalische Bevölkerung, es gab mehr Kontrollen und Schikanen. Als Aidid-Truppen pakistanische Blauhelme angriffen und töteten, begannen vor allem US-Einheiten mit einem offe-

nen Krieg gegen Aidid und seine Anhänger. Friedliche Demonstranten wurden erschossen, Wohnviertel, Krankenhäuser und zivile Werkstätten mit Hubschraubern und Artillerie angegrif-

fen. Die Rechtsabteilung der UNO sagte bei einer internen Untersuchung, die Angriffe ohne Vorwarnung könnten "schlicht als Mord" betrachtet werden.

Kampf gegen Imperialismus

Die UNO setzt in Somalia trotz der wachsenden Wut in der Bevölkerung auf die militärische Karte. Der Widerstand wird wachsen. Aidid ist ein Gangster und Mörder, kein Held des Befreiungskampfes. Die somalischen Bauern und Arbeiter müßten eine unabhängige Bewegung aufbauen, die mit den Clanchefs bricht, die Besatzer aus dem Land jagt, die feudalen Besitzverhältnisse umstürzt, den Boden verteilt und den Wiederaufbau durch eine demokratisch geplante Wirtschaft organisiert.

Doch solange das nicht der Fall ist, kann Aidid sich als Kämpfer gegen den Imperialismus darstellen und Unterstützung erhalten. Die Linke und die Arbeiterbewegung in Deutschland müssen trotz Typen wie Aidid den Kampf der somalischen Massen gegen die UNO-Truppen unterstützen.

Nach Umfragen sind 50-65 Prozent der Deutschen für den Rückzug der Bundeswehr. Dies bildet eine gute Grundlage für eine Kampagne gegen die Kriegstreiber.

Claus Ludwig, Köln

Stoppt Faschisten

"Und man ist dann doch immer wieder schockiert, obwohl man es langsam besser wissen sollte" – so kommentierte eine Kasseler JRElerin das Verhalten der Polizei beim Nazi-Aufmarsch in Fulda am 14. August 1993.

Die Strategie der hessischen Polizei zeigt noch einmal, auf welchem Auge dieser Staat blind und auf welchem sehstark ist. 500 Neonazis, geführt von den Hamburger Chef der Nationalen Liste, Christian Worch, konnten ungehindert in Fulda aufmarschieren und den Nazi, Hitler-Stellvertreter und Kriegsverbrecher Rudolf Heß huldigen. Die Polizei schaute in aller Ruhe zu und konzentrierte sich darauf, antifaschistischen GegendemonstrantInnen den Zugang zur Stadt zu verwehren.

Die "Überraschungsthese" der polizeilichen Einsatzleitung hielt

nicht lang. Schon zwei Tage vorher hatte die faschistische FAP eine Demonstration für Fulda angemeldet, was die Polizeikräfte nun eigentlich hätte alarmieren können. Die "Jungen Grünen" Hessen, die zu den GegendemonstrantInnen gehörten und Kasseler JRElerInnen berichteten, daß der Treffpunkt Fulda schon zwei Stunden, bevor der erste Nazi dort eingetroffen war, bekannt war.

Daß die vorhandenen Polizeikräfte aus Thüringen und Bayern nicht rechtzeitig nach Hessen hätten mobilisiert werden können, ist mehr als zweifelhaft.

Kein Einzelfall

Was hinter dieser Strategie steckt wird deutlich, wenn das Verhalten der Polizei näher beleuchtet: Die Nazis, die eine unangemeldete

und nicht genehmigte – und auch nicht "spontane" – Demonstration durchführten wurden nicht einmal per Lautsprecher aufgefordert, diese Demonstration aufzulösen. Antifaschistische DemonstrantInnen wurden gar nicht erst in die Stadt gelassen, gelang es ihnen doch, wurden sie nach eigenen Angaben zum "Gegenstand der Verfolgung der Polizei". Gleichzeitig konnten Nazis unter den Augen der Polizei Nichtdeutsche und andere, die den Mund aufmachten angreifen und verfolgen.

Die Reaktion der bürgerlichen Medien und bürgerlicher Politiker nach dem Nazi-Aufmarsch zeigen, daß die Untätigkeit der Polizei zu diesem Zeitpunkt mehr Schaden als Nutzen für die Regierung bringt.

Fortsetzung auf Seite 4

- Bundeswehr raus aus Somalia
- Abzug aller UNO-Truppen
- NEIN zum weltweiten Bundeswehreinsatz – keine Grundgesetzänderung